

2011 in Zahlen

Geschäftsbericht der Nassauischen Sparkasse

Inhalt

Inhalt	Seite
Rechtsform und Träger	5
Lagebericht der Nassauischen Sparkasse	6
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
Rechtliche Rahmenbedingungen	8
Die Naspas und ihr Geschäftsgebiet	8
Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz	9
Personalbericht	11
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	13
Nachtragsbericht	17
Risikobericht	17
Prognosebericht	28
Gesamtaussage	29
Bericht des Verwaltungsrates	30
Jahresabschluss	33
Jahresbilanz	34
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Anhang der Nassauischen Sparkasse	38
Allgemeine Angaben	39
A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39
B. Angaben zur Bilanz	43
C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	48
D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	49
E. Sonstige Angaben	50
Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse	56
Vorstand der Nassauischen Sparkasse	57
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	58
Impressum	59

Das Geschäftsjahr 2011

Rechtsform und Träger

Geschäftsbericht 2011, 172. Geschäftsjahr

Die Nassauische Sparkasse, führende Regionalbank in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Wiesbaden, ist hervorgegangen aus der im Jahre 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogthum Nassau“, Vorgängerin der Herzoglich-Nassauischen Landesbank.

Die Nassauische Sparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Diesen Zweckverband bilden die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis sowie der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen.

Lagebericht der Nassauischen Sparkasse

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zu Beginn des Jahres 2011 erholte sich die Weltwirtschaft noch recht ungestört. Der aus dem Konjunkturtal der Rezession Ende 2008/Anfang 2009 kommende Aufwärtstrend setzte sich – wenn auch mit unterschiedlicher Wachstumsdynamik – vielerorts fort. Viele Schwellenländer, die bereits zuvor größere Wachstumsraten vorzuweisen hatten, blieben auch im Jahr 2011 besonders stark. In den Industrieländern ging es dagegen zunächst um eine Wiederherstellung des einstigen Status quo. Stark exportorientierte Länder, die im Rahmen der Rezession besonders hohe Einbußen verkraften mussten, konnten 2010 und zu Beginn des Jahres 2011 ein überdurchschnittlich hohes Wachstum verzeichnen. Die USA haben 2011 nur ein Wachstum von real etwa 1,7 % erreichen können und auch das nur aufgrund starker wirtschaftspolitischer Stützung. Die insgesamt positive Entwicklung fand jedoch spätestens im I. Quartal 2011 ein Ende, als zahlreiche Schocks die Weltwirtschaft trafen. So stieg zum Beispiel im Zuge der politischen Umbrüche im Mittleren Osten und in Nordafrika der Ölpreis stark an und weite Teile der japanischen Wirtschaft kamen als Folge der Naturkatastrophen zeitweise zum Erliegen.

In den Krisenländern des Euroraums sind weiterhin die hohen Staatsverschuldungen, Zweifel an deren Tragfähigkeit und infolgedessen die stark gestiegenen Risikoprämien ein großes Problem. In Portugal und Irland konnte eine Besserung des Leistungsbilanzsaldos festgestellt werden und auch der Korrekturbedarf in Italien und Spanien ist trotz Schulden und Reformstau nicht unüberwindbar hoch. Griechenland dagegen befindet sich in einem Teufelskreis der Rezession aus steigendem Einsparbedarf und trotz aller Anstrengungen weiter steigenden Schulden. Deutschland konnte sein staatliches Finanzierungsdefizit dank relativ guter konjunktureller Erholung auf 1,0 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) reduzieren und erfüllt damit, im Gegensatz zu den vergangenen beiden Jahren, die Vorgaben des Maastricht-Vertrages. Das BIP konnte im Frühjahr sein Vorkrisenniveau wieder erreichen und sogar leicht überschreiten. Um die Kapazitätsauslastung voll auszunutzen, waren Investitionen zum Erhalt und zur Erweiterung der Produktionskapazitäten nötig, was dazu führte, dass 2011 der Export als Haupttriebfeder von einer kräftigen Investitionsdynamik abgelöst wurde. Ein reales Exportwachstum von 8,2 % steht Importen von 7,2 % gegenüber. Der steigende Import ist ein Zeichen dafür, dass Deutschland zunehmend wieder zu einer Konjunkturlokomotive für die Partnerländer geworden ist. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft 2011

mit preisbereinigten 3,0 % wieder kräftig gewachsen. Im privaten Sektor konnte der Konsum nach vielen Jahren der Stagnation ein reales Wachstum von 1,5 % erreichen. Hierzu dürften die nach der Rezession wieder gestiegene durchschnittliche Arbeitszeit, die gute Beschäftigung und höhere Einkommen beigetragen haben. Der staatliche Konsum konnte im Jahr 2011 um 1,2 % ebenfalls zulegen, so dass der Konsum insgesamt – privat und staatlich zusammen – mehr als ein Drittel zum Gesamtwachstum beitrug. Diese insgesamt zufriedenstellende Wirtschaftsentwicklung in Deutschland hatte auch sehr positive Auswirkungen auf die Risikovorsorge unseres Hauses.

Im Sommer 2011 kam es als Folge der Verunsicherungen durch die Staatsschuldenkrise zu Turbulenzen an den Märkten. Die Aktienmärkte brachen ein und verloren – in Deutschland gemessen am DAX – ein Drittel des Wertes. Grund für den Einbruch waren Verluste von Bankaktien, ausgelöst durch Befürchtungen um Ausfälle aus Staatsanleihen und Rekapitalisierungsbedarf der Kreditinstitute. Im Herbst des Jahres folgten Blockaden und Misstrauen auf dem Interbankenmarkt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Expansionsgrad zum Jahresende noch einmal deutlich gesteigert; Leitzinsanhebungen wurden zurückgenommen, die Vollzuteilung von Tendergeschäften verlängert und die Mindestreservepflicht halbiert. Kritisch zu sehen sind die massiv ausgeweiteten Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB, da hierdurch die Unabhängigkeit der EZB gefährdet ist und die Käufe nicht mit der geforderten Trennung von Geld- und Finanzpolitik vereinbar sind. Andererseits sind sie in der verschärften Staatsschuldenkrise das einzig kurzfristig funktionierende Instrument, das ein Überschießen der Risikoprämien verhindern kann.

Auch wenn aktuell keine akuten Inflationsgefahren aus der Konjunktursituation drohen, ist das geldpolitische Handlungsfeld im Auge zu behalten. Die Preissteigerungsraten lagen 2011 sowohl im gesamten Jahr als auch in allen einzelnen Monaten über dem Zielniveau von 2,3 %. Sie resultieren aber zum größten Teil aus Einmaleffekten wie den hohen Energie- und Rohstoffpreisen. Der Aufschwung am deutschen Arbeitsmarkt hat sich 2011 weiter fortgesetzt und die Zahl der Beschäftigten wuchs noch stärker als im Vorjahr. Grund für den Anstieg waren vermehrte Neueinstellungen mit dem Ergebnis, dass es 2011 über 41 Mio. Erwerbstätige gab – so viele Menschen gingen in Deutschland noch nie einer offiziellen

produktiven Arbeit nach. Gemessen an den Erwerbstätigenstunden nahm die Arbeitsproduktivität 2011 nur um 1,2 % zu, da die geleisteten Arbeitsstunden stärker als die Anzahl der Beschäftigten anstiegen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Nassauische Sparkasse (Naspa) mit Sitz in Wiesbaden ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt.

Träger der Naspa ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen sowie der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist im Verbund der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen integriert. In diesem Verbund sind neben dem Helaba-Konzern die 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen zusammengeschlossen.

Das Verbundkonzept umfasst mehrere Elemente. Neben der Festlegung eines einheitlichen Leitbildes und der strategischen Verbundziele steht vor allem das gemeinsame Risikomanagement im Vordergrund. Als Instrumentarien hierfür wurden eine gemeinsame Risikostrategie sowie ein Frühwarnsystem in Form eines Ampelmodells installiert.

Ein weiteres Element des Verbundkonzepts stellt die Bildung eines Reservefonds dar, der zusätzlich zum regionalen Sicherungsfonds von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) unterhalten wird.

Das Verbundkonzept trägt dazu bei, dass die Sparkassen, die Landesbank Hessen-Thüringen und die anderen einbezogenen Unternehmen als wirtschaftliche Einheit wahrgenommen werden. Nach außen erkennbar wird dies durch die Vergabe eines Verbundratings. So haben zwei unabhängige Ratingagenturen der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen ein Bonitätsrating von A+ (Fitch) bzw. A (Standard & Poor's) zuerkannt.

Die Naspa hat am 19. Dezember 2008 mit dem SGVHT einen Vertrag zur Veräußerung ihrer Tochtergesellschaft Naspa Dublin geschlossen. Der dingliche Vollzug erfolgte am 29. Mai 2009. In diesem Zusammenhang wurde ein öffentlich-rechtlicher Begleitvertrag geschlossen, der für die Naspa bestimmte Auflagen enthält – die längstens bis zum 31. Dezember 2015 zu beachten sind – und die Verteilung der Risiken zwischen der Sparkasse und dem SGVHT regelt. Einzelheiten hierzu haben wir im Anhang zum 31. Dezember 2011 dargestellt.

Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet

Unser Geschäftsgebiet erstreckt sich über sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtfläche von rd. 4.200 km².

Das Gebiet der Naspa befindet sich in einem zum Teil überdurchschnittlich attraktiven Raum. Neben ländlichen Gebieten sind vor allem Konzentrationen großer Firmen in den Ballungsräumen Frankfurt und Wiesbaden anzutreffen. Zusätzlich zum Wettbewerb mit regionalen Sparkassen (Gemengelage) und Volksbanken treten in diesen Ballungsgebieten auch die Groß- und Privatbanken als Wettbewerber der Naspa auf. Bei insgesamt 1.951.140 Einwohnern und 1.065 Geschäftsstellen (GS) errechnet sich eine Bankstellendichte (Einwohner/GS) von 1.832. Der Anteil der Sparkassengeschäftsstellen im Geschäftsgebiet liegt bei rd. 32 % aller Bankgeschäftsstellen.

Die Arbeitslosenquote liegt im Durchschnitt bei 6,5 % (2011) und somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt; die Beschäftigungsquote im Dienstleistungssektor liegt neben der Anzahl von Hochqualifizierten weit über dem Bundesdurchschnitt. Der Kaufkraft-Index im Naspa-Geschäftsgebiet liegt bei 117,6 (BRD = 100; je Einwohner), wobei es hier regional unterschiedliche Ausprägungen gibt.

Demografisch wird sich die Einwohnerzahl im Geschäftsgebiet bis zum Jahr 2025 voraussichtlich um rd. 52.000 Menschen erhöhen, wobei sich die Struktur innerhalb der Bevölkerungspyramide erwartungsgemäß verändern wird. Die Anzahl an über 65-Jährigen wird bis 2025 um voraussichtlich 13,0 % steigen, hingegen wird die Anzahl der unter 21-Jährigen um rd. 15 % abnehmen. Hierbei sind jedoch regional signifikante Unterschiede in der Entwicklung

zu berücksichtigen. Während man im Hochtaunuskreis/Main-Taunus-Kreis insgesamt eine Bevölkerungszunahme erwarten kann, ist im Bereich Rhein-Lahn mit einer Abnahme zu rechnen.

Die Naspa ist Teil einer sich dynamisch verändernden Bankenlandschaft, speziell im Retailgeschäft. Die Sparkassen setzen insgesamt weiter darauf, Qualitätsanbieter von Finanzdienstleistungen zu sein, und haben diesen Anspruch in den Fokus der strategischen Überlegungen gestellt. Zur Sicherung der nachhaltigen Zukunftsfähigkeit der Naspa haben wir unsere Strategie weiterentwickelt und halten an der Ausrichtung unseres Hauses als Nr. 1-Ansprechpartner in allen Geldangelegenheiten fest. Ziel ist es, sich auch vor dem Hintergrund des weiter zunehmenden Wettbewerbs, auch mit den Direktbanken, von den Mitbewerbern abzugrenzen und dadurch nachhaltig eine Verbesserung der Ertragskraft zu erreichen.

Dies stellen wir auch durch eine angemessene regionale Aufstellung sicher. Das Geschäftsgebiet ist dazu im Privatkundengeschäft – nach Zusammenlegung zweier Regionalmärkte im Jahr 2011 – in 9 Regionalmärkte untergliedert. Unser Private-Banking-Konzept bieten wir mit insgesamt 19 Private-Banking-Centern im gesamten Geschäftsgebiet erfolgreich an. Das Firmenkundengeschäft gliedert sich in 3 Regionalmärkte. Mit unserer Komfortpositionierung und IT-gestützten Beratungskonzepten bieten wir unseren Kunden auch weiterhin einen nachhaltigen Mehrwert.

Von Beginn an nahm die Naspa an dem Projekt „Qualitätsoffensive“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) teil und war im Jahr 2011 Pilotsparkasse im Verbandsgebiet des SGVHT. Die Ergebnisse bestätigten sowohl die strategische Positionierung der Naspa als auch die im Hause bereits umgesetzten Maßnahmen. Daneben zeigte der vom Qualitätsmanagement konsequent nachgehaltene Umgang mit Ergebnissen aus Kunden- und Mitarbeiterbefragungen signifikante Erfolge im Bereich Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit. Um den auch künftig steigenden Herausforderungen des Marktumfeldes an eine sowohl integere als auch allen Anspruchsgruppen gegenüber zielgerichtet transparente Unternehmensführung proaktiv zu begegnen, hat die Naspa 2011 zur Bündelung aller mit Integritäts- und Sicherheitsthemen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Einheit Qualitäts- und Integritätsmanagement geschaffen. Gleichzeitig stellt sich die Naspa damit auch für steigende regulatorische Anforderungen frühzeitig organisatorisch auf.

Unsere Komfort- und Serviceorientierung wurde im vergangenen Jahr von einem unabhängigen Gutachter – dem TÜV Hessen – erneut überprüft. Neben unserer Servicequalität haben wir auch unsere Beratungsqualität in den Finanz- und Private-Banking-Centern zertifizieren lassen. Die erfolgreiche Überprüfung zeigt, dass sich die Komfort- und Serviceorientierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf hohem Niveau hält und die Beratungsinstrumente qualitativ eingesetzt werden.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz

Die Naspa ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 dem gemeinen Nutzen in der und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspa, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Demnach ist die Naspa mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspa obliegt demzufolge insbesondere die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrags.

Leistungsangebot

Die Naspa gewährleistet mit einem flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz die Nähe zu ihren Kunden. Insgesamt stehen 146 Finanz- und Service-Center, 19 Private-Banking-Center und 3 Firmenkunden-Center zur Verfügung. Das Angebot wird durch 85 Service-Points ergänzt, davon 72 Nebenzweigstellen, in denen unsere Kunden – insbesondere in den kleineren Ortschaften unseres Geschäftsgebietes – ebenfalls Bankgeschäfte tätigen können.

Unser gesamtes Leistungsspektrum erstreckt sich vom täglichen Zahlungsverkehr über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie Baufinanzierungen und die traditionelle

Geldanlage bis hin zur individuellen Vermögensberatung. Durch die Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz wird das Produktportfolio der Naspa um den Versicherungs-, Bausparkassen- und Immobiliensektor sowie Leasing ergänzt.

Förderung der Vermögensbildung

Bilanzwirksame Anlagen	
Kontenart	Stück
Sparkonten	403.114
Termingeldkonten	6.390
Konten für täglich fällige Gelder	349.058
darunter:	
• Geschäftsgirokonten	43.355
• Privatgirokonten	305.703
Vermögensbildung (Nichtbanken)	
	in Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.217,9
davon:	
• Spareinlagen	2.226,8
• befristete Einlagen	4.991,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	468,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	89,6
Genussrechte	62,5
Bilanzneutrale Anlagen	
Anzahl Kundendepots	35.737
Depotbestand (in Mio. EUR)	2.274,7

Dabei kamen wir auch dem öffentlichen Auftrag nach, jedem Einwohner in unserem Geschäftsgebiet ein Konto auf Guthabenbasis zur Verfügung zu stellen. Über 12.700 Kontoinhabern stand damit ein Zahlungsverkehrsinstrument zur Verfügung, das ihnen auch in wirtschaftlich oder sozial angespannter Lage die Möglichkeit bietet, Bankgeschäfte zu tätigen.

Neben der Bereitstellung von Kreditmitteln für unsere Privatkunden ist die Naspa ein wichtiger Ansprechpartner für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und Existenzgründer. Insgesamt erfolgten 2011 Darlehenszusagen von rd. 1,3 Mrd. EUR, während Darlehen von rd. 1,2 Mrd. EUR ausgezahlt wurden. Dabei werden neben hauseigenen Finanzmarktprodukten auch öffentliche Förderkredite

und Finanzierungsinstrumente in das ganzheitliche Betreuungskonzept einbezogen. Insgesamt haben wir im Jahr 2011 im Rahmen unserer Beratungs- und Betreuungsaktivitäten aus öffentlichen Förderprogrammen 489 Kredite mit einem Gesamtvolumen von über 56 Mio. EUR vergeben.

Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs	
Anzahl Kreditkonten	99.935
Forderungen an Kunden (in Mio. EUR)	7.997,1
Darlehenszusagen (in Mio. EUR)	1.292,1
Darlehensauszahlungen (in Mio. EUR)	1.166,2

Soziales und wirtschaftliches Engagement

Als eng mit ihrem Geschäftsgebiet verankerte Sparkasse hat die Naspa nicht nur ein großes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch an der Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens in ihrem Geschäftsgebiet.

Die **Naspa** hat im Jahr 2011 eine große Anzahl von Vereinen und Einrichtungen durch Spenden, PS-Los-Zuwendungen und Sponsoring mit über 2,6 Mio. EUR finanziell unterstützt.

Die **Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“** wurde am 15. Dezember 1989 durch die Naspa mit einem Stiftungskapital von 2,6 Mio. EUR gegründet. Seitdem erhöhte sich das Stiftungsvermögen durch Zustiftungen der Naspa kontinuierlich und das Stiftungskapital beträgt heute 17 Mio. EUR. Im Jahr 2011 erfolgte eine Zustiftung in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Dieses Vermögen garantiert durch seine Erträge eine nachhaltige Fördermittelvergabe für die Region. Der Schwerpunkt liegt dabei besonders auf kleinen Vereinen und Kleinstprojekten aus den Bereichen Jugend, Kultur, Kunst, Sport, Heimat- und Brauchtumpflege sowie Umweltschutz und Gesundheitspflege. Seit Gründung der Stiftung wurden über 8.300 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von rd. 13,1 Mio. EUR ausgeschüttet. Auf das Berichtsjahr entfallen Fördermittel von fast 0,5 Mio. EUR.

Mit einer Gesamtsumme von rd. 3,1 Mio. EUR (einschließlich Stiftung) an Fördermitteln unterstützen wir so diese Vereine und Einrichtungen dabei, ihre gemeinnützigen Aufgaben und Ziele zum

Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Geschäftsgebiet der Naspa weiter zu erfüllen.

Spenden und Sponsoring der Naspa (ohne Stiftung) im Jahr 2011

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	2.644	100
Davon Verwendung für:		
1. Spenden		
1.1 Soziales	108	4
1.2 Kultur	183	7
1.3 Umwelt	41	1
1.4 Sport	70	3
1.5 Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	125	5
1.6 Sonstiges	1.452*	55
2. Sponsoring	665	25

*davon 1 Mio. EUR Zustiftung an die Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“

Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“ im Jahr 2011

Stiftungskapital am 31.12.2011	17 Mio. EUR	
Stiftungsausschüttungen 2011 in Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	451	100
Davon Verwendung für:		
Soziales	134	30
Kultur	167	37
Umwelt	23	5
Sport	79	17
Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	48	11
Sonstiges	0	0

Zur weiteren wirtschaftlichen Förderung der Region hat sich die Naspa an insgesamt vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Diese tragen u. a. auch durch die Unterstützung von Existenzgründern zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ihrer Landkreise bei.

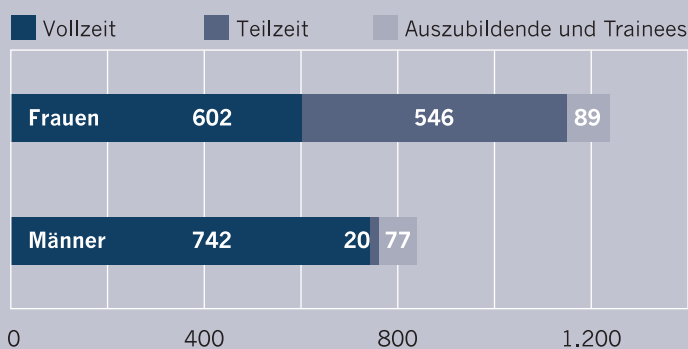
Als Steuerzahlerin trägt die Naspa zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. In den Jahren 2007 bis 2011 belief sich der Steueraufwand auf insgesamt 71,3 Mio. EUR. Die Gewerbe- und Grundsteuer fließt den Kommunen direkt zu, über die Umlage der Körperschaftsteuer partizipieren die Gemeinden vor Ort.

Personalbericht

Personalstruktur

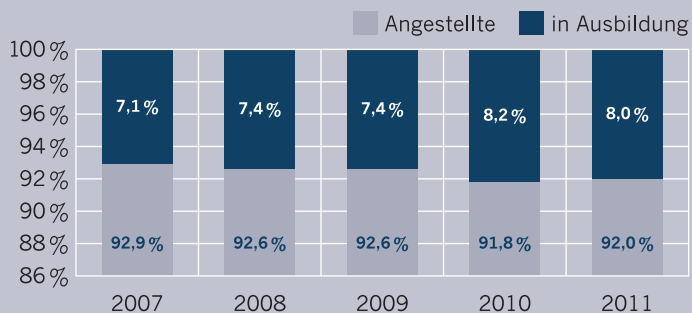
Zum Jahresende 2011 beschäftigte die Naspa insgesamt 2.076 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ende 2010: 2.132). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 1.498 und die der Teilzeitbeschäftigten bei 578. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte sind bei der Naspa 1.832 Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 1.881).

Arbeitszeitmodelle



Einen hohen Stellenwert hat die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Dies zeigt sich auch in der Beschäftigung von 166 Auszubildenden und Trainees zum Jahresende 2011 (Ende 2010: 174). Im Laufe der vergangenen Jahre hat die Naspa trotz eines zurückgehenden Personalbestandes Wert darauf gelegt, die Zahl der in Ausbildung befindlichen Personen nicht zu senken, was zu einem Anstieg der Ausbildungsquote von 7,1 % auf 8,0 % führte.

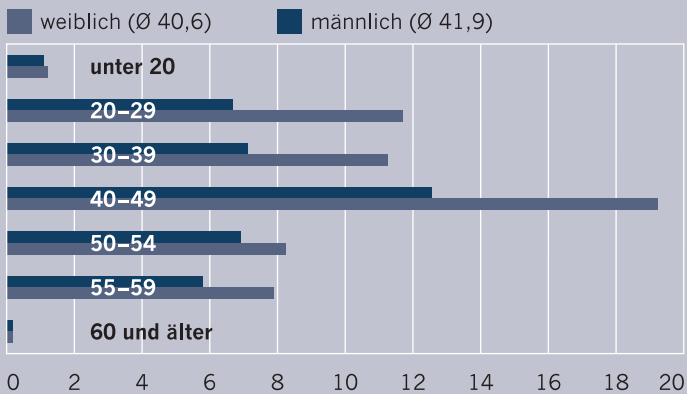
Ausbildungsquote



Bei der Naspa werden variable Arbeitszeiten sowie unterschiedliche Teilzeitmodelle genutzt. Der Anteil der Beschäftigten, die in einem aktiven Altersteilzeitverhältnis stehen, betrug Ende 2011 2,6 % (Ende 2010: 3,3 %).

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Naspa-Mitarbeiter lag 2011 bei 18,7 Jahren (Ende 2010: 18,2 Jahre), das Durchschnittsalter bei 41,1 Jahren (Ende 2010: 40,6 Jahre) und die Austrittsquote bei 8,1 % (Vorjahr: 6,7 %). Die durchschnittliche jährliche Krankenquote belief sich auf 5,2 % (Vorjahr: 4,8 %).

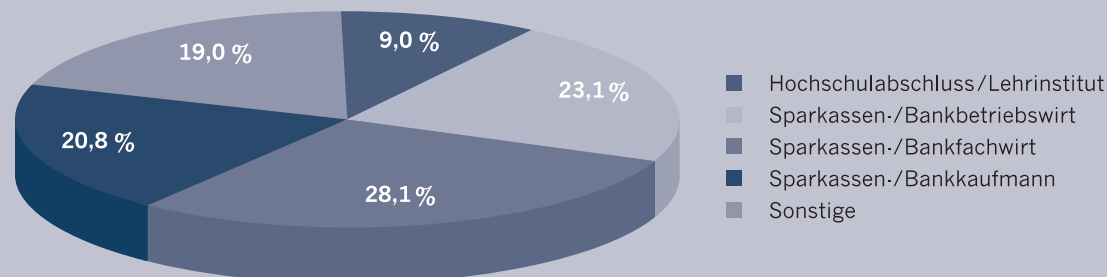
Altersstruktur (Verteilung in %)



Personalentwicklung

Die Beschäftigten der Naspa wiesen im Jahr 2011 bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse ein im Sparkassenvergleich überdurchschnittliches Bildungsprofil auf, wobei vor allem der hohe Anteil an Sparkassen-Bildungsabschlüssen mit insgesamt rd. 54 % (2010: rd. 54 %) hervorzuheben ist.

Bildungsabschlüsse



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource eines Unternehmens: Sie gilt es zu fördern und zu schützen, gerade in Zeiten steigender Anforderungen und rapiden Wandels. Gesunde, gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg.

In der Personalentwicklung standen auch 2011 Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Vertrieb an oberster Stelle. Kernziel des Qualifizierungsprogramms ist die nachhaltige Steigerung der Vertriebsergebnisse durch Führungs- und Vertriebsexzellenz. Dieser auf 1,5 Jahre angelegte Veränderungsprozess wird auch 2012 fortgesetzt.

Vom Grundsatz her ist Gesundheit das Ergebnis eigenverantwortlichen Handelns: Jeder Mensch ist für eine gesunde Lebensweise selbst verantwortlich. Daneben stellt sich die Naspa ihrer sozialen Verantwortung für ihre Mitarbeiter. Denn wer sich am Arbeitsplatz wohl fühlt, erkrankt seltener und ist leistungsfähiger. Der demografische Wandel stellt dabei besondere Anforderungen an die Unternehmen: Probleme, geeignete Auszubildende oder Fachkräfte zu finden, häufen sich. Der steigende Anteil älterer Beschäftigter stellt die Unternehmen vor die Aufgabe, diese Mitarbeiter gesund, leistungsfähig und motiviert zu halten. Nach einer sorgfältigen Analyse des Ist-Zustandes hat die Naspa im Jahr 2010 ein betriebliches Gesundheitsmanagement eingeführt. Basierend auf einer Mitarbeiterbefragung und auf betrieblichen Gesundheitsberichten macht die Sparkasse den Mitarbeitern Angebote zur Gesundheitsentwicklung in den Bereichen Herz- und Rückengesundheit, mentale Gesundheit und Regeneration sowie Ernährung. Ergänzt werden die Maßnahmen durch eine Gesundheitshotline, d. h. einen ärztlichen Beratungsservice für Fragen und Probleme aus dem beruflichen oder privaten Umfeld. 2011 wurden die Maßnahmen intensiviert und erweitert. 2012 wird das Angebot von „jump“, so der Titel des betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Naspa, auf die Führungskräfte ausgedehnt: Gesundheits- und mitarbeitergerechte Führung beeinflusst entscheidend das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die Ertragslage hat sich – gemessen am Betriebsergebnis nach Bewertung – im Jahr 2011 insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

Gegenüber dem Vorjahr ist das Betriebsergebnis vor Bewertung wie erwartet mit 77,5 Mio. EUR um 21,6 % rückläufig. Der Rückgang ist insbesondere die Folge eines geringeren Zinsüberschusses aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung sowie höherer Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen.

	2007	2008	2009	2010	2011
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge)	214,1	222,0	238,1	256,3	246,4
Provisionsüberschuss	71,2	64,8	63,5	66,8	66,5
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	222,0	226,6	209,4	199,8	212,1
Teilbetriebsergebnis	63,3	60,2	92,2	123,3	100,8
Nettoergebnis des Handelsbestands	1,0	0,7	0,4	0,0	0,4
Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen	6,8	1,3	4,5	-24,4	-23,7
Betriebsergebnis vor Bewertung	71,1	62,2	97,1	98,9	77,5
Bewertungsergebnis	-71,3	-49,8	-63,0	-79,0	-28,6
Betriebsergebnis nach Bewertung	-0,2	12,4	34,1	19,9	48,8
außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-7,0	-7,3
Steuern	0,2	-12,4	-11,6	-2,2	-11,3
Bilanzgewinn	0,0	0,0	22,5	10,7	30,3

Der **Zinsüberschuss** (einschließlich laufender Erträge) verminderte sich erwartungsgemäß um 3,9 % auf 246,4 Mio. EUR. Ursachen für diesen Rückgang waren eine Verschlechterung des Ergebnisses aus der Fristentransformation als Folge der Zinskurvenverflachung sowie weitere zur Verbesserung des Risikoprofils vorgenommene Bestandsumschichtungen im Bereich der Eigengeschäfte, als auch eine Reduzierung des Zinsaufwands der Folgejahre durch vorzeitige Beendigung von Zinsswaps (Close-out-Zahlungen).

Der **Provisionsüberschuss** erreichte mit 66,5 Mio. EUR nahezu das Vorjahresniveau. In der Planung für das Jahr 2011 hatten wir mit einem leichten Wachstum gerechnet. Die andauernden Unsicherheiten an den Geld- und Kapitalmärkten und die damit einhergehende verhaltene Kundennachfrage führten auch im Jahr 2011 zu

Rückgängen im Wertpapierkommissionsgeschäft. Durch Ertragssteigerungen im sonstigen Dienstleistungsgeschäft konnten diese Rückgänge fast vollständig kompensiert werden.

Die **Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen** erhöhten sich erwartungsgemäß insgesamt um 6,2 % auf 212,1 Mio. EUR. Der Anstieg ist insbesondere auf einen höheren **Personalaufwand** von 128,3 Mio. EUR (2010: 117,2 Mio. EUR) zurückzuführen und resultiert neben Tarifsteigerungen größtenteils aus höheren Belastungen bei den Pensionsverpflichtungen. Durch Vertriebssteigerungs- und Umsetzungsmaßnahmen aus abgeschlossenen Projekten erhöhte sich der **Sachaufwand** um 3,9 % auf 72,6 Mio. EUR. Die **Abschreibungen auf Sachanlagen** reduzierten sich hingegen planmäßig um 11,8 % auf 11,2 Mio. EUR.

Der **Saldo aus sonstigen Erträgen und sonstigen Aufwendungen** enthält im Wesentlichen die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) i. H. v. –23,3 Mio. EUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 2,9 % auf insgesamt –23,7 Mio. EUR vermindert.

Mit 0,4 Mio. EUR konnte im **Nettoergebnis des Handelsbestands** ein leicht positives Ergebnis erzielt werden.

Die **Cost-Income-Ratio** hat sich aufgrund der dargestellten Entwicklungen im Zinsüberschuss und in den Verwaltungsaufwendungen von 66,9 % auf 73,2 % erhöht. Für das im Jahresdurchschnitt zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital errechnet sich auf Basis des Vorsteuerergebnisses und vor Veränderung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB für das abgelaufene Jahr eine Eigenkapitalverzinsung von 6,8 % (2010: 8,6 %).

Entgegen unseren Planungen verminderte sich die Vorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft auch im Jahr 2011 vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich. Die Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 25,4 Mio. EUR bzw. –84,9 % auf 4,5 Mio. EUR. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war per saldo – auch durch Bestandsumschichtungen – negativ. Durch die erforderliche Auflösung von Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft i. H. v. 8,1 Mio. EUR ergibt sich insgesamt aus der Bewertung der Forderungen und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ein positiver Saldo i. H. v. rd. 2,0 Mio. EUR (2010: Aufwand i. H. v. 80,5 Mio. EUR).

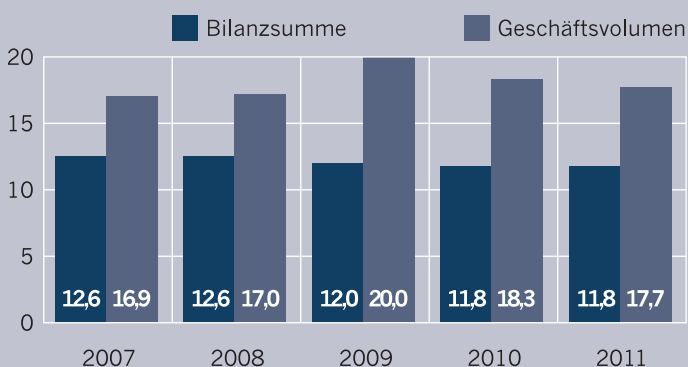
Auswirkungen auf die Ertragslage hatte im Berichtsjahr auch der negative Saldo aus der Bewertung von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden, i. H. v. 21,6 Mio. EUR (2010: Positives Ergebnis i. H. v. 1,4 Mio. EUR).

Insgesamt tragen die Bewertungen im Wertpapier- und Kreditgeschäft allen erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340f Abs. 3 HGB, § 340c Abs. 2 HGB und § 33 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) saldiert.

Nach Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB i. H. v. 9,0 Mio. EUR steht der verbleibende Bilanzgewinn zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Finanz- und Vermögenslage

Entwicklung der Bilanzsumme und des Geschäftsvolumens der Naspa (Mrd. EUR)



Die Bilanzsumme blieb mit 11,8 Mrd. EUR auf Vorjahresniveau und das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen) verminderte sich um 0,6 Mrd. EUR bzw. 3,3 % auf 17,7 Mrd. EUR.

Entwicklung einzelner Positionen der Aktiva

	2007	2008	2009	2010	2011
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	2.612	2.405	1.808	1.998	1.893
Forderungen an Kunden	7.449	7.910	8.100	7.900	7.997
Wertpapiere	1.702	1.537	1.512	1.305	1.333
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	439	422	167	163	154
Übrige Aktiva	363	341	394	441	431
Bilanzsumme	12.565	12.615	11.981	11.807	11.808

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,1 Mrd. EUR (5,3 %) verringert. Der Bestandsrückgang ist die Folge des geplanten Abbaus von Eigengeschäften.

Das **Kundenkreditgeschäft** hat sich im Jahr 2011 insgesamt um rd. 0,1 Mrd. EUR (1,2 %) erhöht. In der Planung für das Jahr 2011 hatten wir mit einem etwas höheren Wachstum gerechnet. Während sich die Bestände in den Geschäftsfeldern Privat- und Firmenkunden verminderten, kam es bei der Kreditvergabe an Kommunen und Institutionelle zu Bestandszuwächsen. Insgesamt konnte durch diese Entwicklung eine weitere Verbesserung des Risikoprofils im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden. Im Bereich

der Wohnungsbaufinanzierungen hat die Naspa im Jahr 2011 rd. 450 Mio. EUR Darlehenszusagen (2010: 360 Mio. EUR) gegeben.

Die Bestände an festverzinslichen **Wertpapieren**, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren liegen mit 1,3 Mrd. EUR auf Vorjahresniveau. Der geringe Anstieg gegenüber dem Vorjahr i. H. v. 2,2 % resultiert aus Wertpapierkäufen im kurzfristigen Laufzeitbereich im Rahmen der Liquiditätssteuerung.

Der Rückgang der **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** um 5,5 % auf rd. 154 Mio. EUR ist insbesondere auf die Wertkorrekturen bei Beteiligungen zurückzuführen.

Entwicklung einzelner Positionen der Passiva

	2007	2008	2009	2010	2011
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.176	2.988	2.751	2.659	2.695
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.208	7.480	7.183	7.150	7.218
Verbriefte Verbindlichkeiten	642	645	658	614	469
Eigene Mittel	824	783	767	809	848
Übrige Passivbestände	715	719	622	575	578
Bilanzsumme	12.565	12.615	11.981	11.807	11.808

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** kam es im Jahr 2011 mit einem Zuwachs von 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr nur zu geringeren Veränderungen.

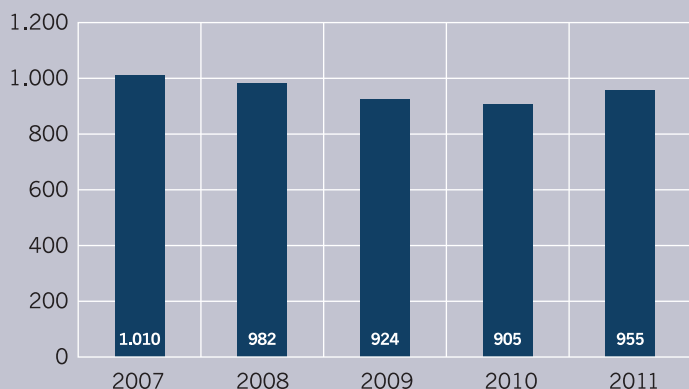
Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich um 1,0 % auf 7,2 Mrd. EUR. Das – entgegen unseren Erwartungen – geringere Wachstum ist insbesondere unserer unveränderten Geschäftsstrategie geschuldet, kein Wachstum über Konditionen zu generieren. Während sich die Bestände der Spareinlagen um rd. 4,8 % bzw. 0,1 Mrd. EUR verminderten, war bei den befristeten Einlagen per saldo ein Anstieg i. H. v. rd. 0,2 Mrd. EUR (3,8 %) zu verzeichnen.

Aufgrund des weiterhin geringen Zinsniveaus hielt auch im Jahr 2011 die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen weiter an. Während im Geschäftsfeld Firmenkunden per saldo Bestandserhöhungen erreicht wurden, blieb der Einlagenbestand im Geschäftsfeld Privatkunden nahezu unverändert und im Geschäftsfeld Kommunen und Institutionelle waren Bestandsrückgänge zu verzeichnen.

Die Entwicklung der Liquidität der Naspa ist im Risikobericht (Liquiditätsrisiken) dargestellt.

Eigenkapitalausstattung

Eigenmittel gemäß Solvabilitätsverordnung (in Mio. EUR)



Die **Sicherheitsrücklage** der Naspa beläuft sich auf 545,0 Mio. EUR. Die Eigenmittel gemäß § 10 Kreditwesengesetz (KWG) i. V. m. § 2 der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen zum Bilanzstichtag rd. 955,0 Mio. EUR und setzen sich wie folgt zusammen: Sicherheitsrücklage, Stammkapital, stille Einlagen, Rücklagen gemäß § 340g HGB und Ergänzungskapital, das aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, dem Genussrechtskapital sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten besteht. Der Anstieg der Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr um 50 Mio. EUR resultiert insbesondere aus den Erhöhungen im Bereich des Kernkapitals aus dem Jahresabschluss 2010. Die Fälligkeiten im Bereich des Ergänzungskapitals konnten durch Zuführungen zu den Reserven nach § 340f HGB überkompensiert werden.

Im Vergleich zu 2010 hat sich die **Kernkapitalquote** um rd. 0,6 Prozentpunkte auf rd. 10,1 % erhöht. Die **Gesamtkennziffer** hat sich ebenfalls um rd. 0,6 Prozentpunkte auf rd. 13,1 % verbessert. Die Anforderungen der SolvV wurden jederzeit erfüllt.

In der betrieblichen Altersvorsorge ergaben sich aufgrund der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz Belastungen i. H. v. 101,9 Mio. EUR zum 31. Dezember 2010, die wir durch Nutzung des gesetzlichen Wahlrechts nach Art. 67 EGHGB entsprechend um 7,3 Mio. EUR reduziert haben. Daneben bestehen noch bereits reduzierte Verpflichtungen i. H. v. 16,4 Mio. EUR in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 EGHGB in 2008 und 2009.

Gesamtbeurteilung

Analog zu den Vorjahren hat die Wettbewerbsintensität auch im Jahr 2011 in allen Kundengeschäftsfeldern weiter zugenommen. Plangemäß konnte sowohl eine weitere Stabilisierung der Margen im Kundengeschäft als auch die Umschichtung von Beständen im Eigengeschäft erreicht werden. Durch die weitere Verflachung der Zinskurve hat sich der Zinsüberschuss wie erwartet vermindert, das Risikoprofil konnte aber verbessert werden.

Trotz eines schwierigen Marktumfeldes in Zeiten volatiler Geld- und Kapitalmärkte sowie der damit einhergehenden Rückgänge im Wertpapierkommissionsgeschäft wurde das Provisionsergebnis des Vorjahres insbesondere durch höhere Erträge im sonstigen Dienstleistungsgeschäft nahezu erreicht. In dem Anstieg der Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen i. H. v. 12,3 Mio. EUR bzw. 6,2 % schlagen sich vor allem die angestiegenen Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen nieder. Das erzielte Betriebsergebnis vor Bewertung erreichte nicht ganz unsere Erwartungen. Die Cost-Income-Ratio ist von 66,9 % auf 73,2 % angestiegen.

Das Jahresergebnis 2011 wurde positiv durch die Entwicklung der Risikovorsorge geprägt. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Vorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft erneut stark vermindert. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war per saldo negativ. Des Weiteren wurden Wertkorrekturen auf Beteiligungen vorgenommen. Das gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte Betriebsergebnis nach Bewertung liegt über unseren Erwartungen.

Insgesamt beurteilen wir die **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage** der Naspa als geordnet.

Nachtragsbericht

Neben werterhellenden für den Jahresabschluss 2011 zu berücksichtigenden Sachverhalten sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2011 keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Naspa im Geschäftsjahr 2011 hatten.

Risikobericht

Grundlagen des Risikomanagements

Zum Bankgeschäft gehört zu einem wesentlichen Teil das Eingehen von Risiken. Dies geschieht nach den geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit (RTF) der Naspa.

Die auf § 25a KWG basierenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) umfassen die Festlegung geeigneter Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken, die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Implementierung angemessener interner Kontrollverfahren. Letztere besteht aus Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation und Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken (Risikosteuerungs- und -controllingprozesse).

Die gesetzlichen sowie aufsichts- und sparkassenrechtlichen Bestimmungen stellen die Rahmenbedingungen für das Risikomanagement dar. Daneben haben wir risikostrategische Grundsätze festgelegt.

Ziel des Risikomanagements

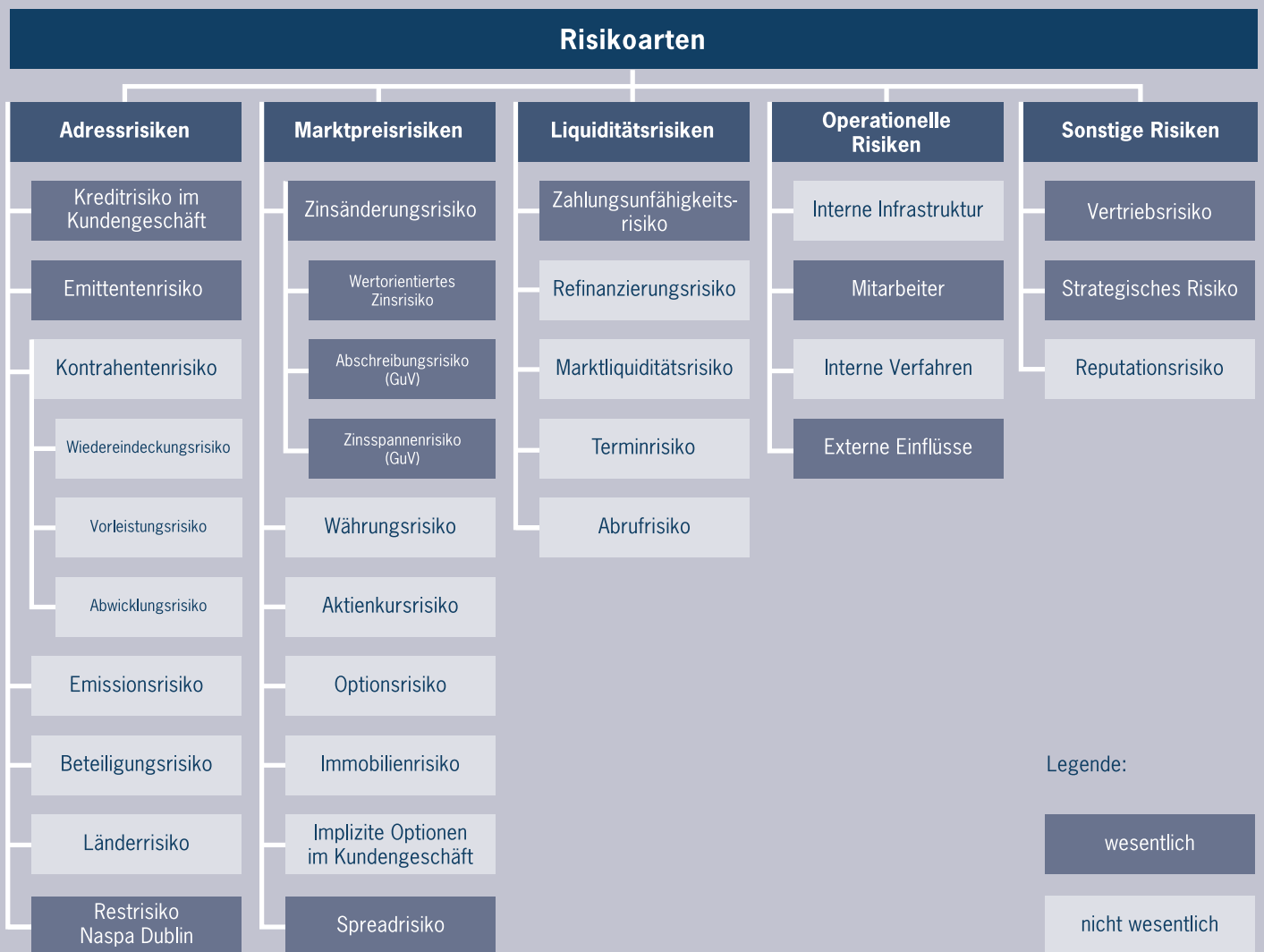
Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit der Naspa gegeben ist. Das Risikomanagement orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestands („Going Concern“). Risiken werden bewusst und kalkuliert eingegangen, um Chancen zu nutzen. Die Steuerung der Naspa erfolgt im Rahmen eines ökonomischen Steuerungskreises, eines GuV-orientierten Steuerungskreises und eines aufsichtsrechtlichen Steuerungskreises. Ziel ist die primäre Steuerung nach ökonomischen Größen, wobei das Aufsichtsrecht und die GuV-Steuerung Nebenbedingungen vorgeben, die einzuhalten sind.

Im GuV-Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial neben dem geplanten Ergebnis die Reserven gemäß § 340f HGB sowie die nicht zur Unterlegung der Risikoaktiva benötigten Teile des Kernkapitals zur Verfügung. Für die ökonomische Steuerung ist die Allokation des ökonomischen Kapitals anhand von wertorientierten Steuerungsgrundsätzen der Ausgangspunkt. Das darauf basierende Gesamtbanklimitsystem ist ein zentrales Instrument zur Umsetzung der risikostrategischen Ausrichtung der Gesamtbank.

Risikoverständnis

Unter dem Begriff „Risiko“ verstehen wir eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant. In jedem Fall ist damit ein Ertragsverlust bzw. eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird grundsätzlich nicht als Risiko angesehen („enger Risikobegriff“).

Entsprechend den Anforderungen der MaRisk (AT 2.2) haben wir für unsere Sparkasse die folgenden wesentlichen Risiken identifiziert:



Diese als wesentlich definierten Risiken finden im Risikomanagement der Naspa grundsätzlich Berücksichtigung. Auch für die nicht als wesentlich definierten Risiken verfügen wir über angemessene Steuerungsinstrumente.

Der Begriff des **Adressrisikos** ist im Sinne eines Bonitätsrisikos zu verstehen, d. h., es wird das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung mit dem Spezialfall des Ausfalls des Vertragspartners betrachtet. Die Unterteilung des Adressrisikos erfolgt nach den betroffenen Produktgruppen, wobei Krediten das klassische Kreditrisiko, Derivaten das Kontrahentenrisiko und Wertpapieren das Emittentenrisiko zugeordnet wird. Zusätzlich umfasst das Adressrisiko auch Länder- und Beteiligungsrisiken.

Das **Marktpreisrisiko** bezeichnet potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze (Zinsänderungsrisiko), der Wechselkurse (Währungsrisiko), der Aktienkurse, Indizes und Fondspreise (Aktienkursrisiko), der Optionspreise (Optionsrisiko), der Immobilienpreise (Immobilienrisiko), den Risiken Impliziter Optionen im Kundengeschäft sowie den Risiken aus Ergebnisschwankungen aufgrund sonstiger Einflussfaktoren (Spreadrisiken) entstehen können.

Unter dem **Liquiditätsrisiko** wird in der Naspa die Gefahr verstanden, dass das Kreditinstitut zahlungsunfähig (illiquide) wird bzw. seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Liquiditätsrisiken ergeben sich aufgrund mangelnder Synchronitäten zwischen Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation sowie durch Unsicherheiten bei den erwarteten Zahlungsströmen begründet sind.

Das **Operationelle Risiko** stellt die Gefahr von Verlusten dar, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, von Mitarbeitern, von internen Verfahren oder infolge externer Einflüsse eintreten. Darüber hinaus deckt diese Definition Rechtsrisiken ab; strategische Risiken sowie Reputationsrisiken sind nicht enthalten.

Alle Risiken, die sich den Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken, Adressrisiken sowie den Operationellen Risiken nicht bzw. nicht eindeutig zuordnen lassen, stellen sogenannte **Sonstige Risiken** dar. Dazu gehören insbesondere Strategische Risiken, Vertriebsrisiken sowie Reputationsrisiken. Vertriebsrisiken und Strategische Risiken werden als wesentlich angesehen.

Vertriebsrisiken bezeichnen die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. **Strategische Risiken** bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen definieren sich in der Naspa als die Häufung von Risiken aufgrund der Portfoliozusammensetzung (z. B. Branchen, Größenklassenstrukturen, Vermögensallokation, Erfolgsquellen), die aus Veränderungen desselben Risikofaktors oder korrelierender Risikofaktoren resultieren und einen maßgeblichen negativen Einfluss auf die Risikotragfähigkeit oder auf die Liquidität der Naspa haben. In Abhängigkeit von den Risikofaktoren können sich hierbei Risikokonzentrationen auf eine einzelne Risikoart beschränken (Intra-Risikokonzentrationen) oder auf unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) erstrecken.

Darüber hinaus werden für Ertragskonzentrationen die unterschiedlichen Ergebniskomponenten betrachtet und hinsichtlich Konzentrationen untersucht.

Gemäß der Risikostrategie sind Risikokonzentrationen grundsätzlich durch eine entsprechende Diversifikation (z. B. Regionen, Branchen) zu vermeiden. Trotzdem ergeben sich u. a. aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkasse Risikokonzentrationen, über deren Akzeptanz, Transfer oder Reduktion eine Entscheidung herbeigeführt wird.

Um einen Überblick zu erhalten, werden im Rahmen einer Risikoinventur die Risikokonzentrationen identifiziert, die als spezielle Ausprägung auch Ertragskonzentrationen umfassen.

Im Jahr 2011 hat sich die Naspa im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit Risikokonzentrationen befasst, die sich auf die einzelnen Risikoarten (Intra-Risikokonzentrationen) oder unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) beziehen.

Im Adressrisiko ist u. a. ein volumenbasiertes Monitoring von Risikokonzentrationen eingerichtet, das die Diversifikation der Adressrisiken in verschiedenen Strukturdimensionen (Branchen, Länder, Ratingklassen, Größenklassen) darstellt. Zusätzlich ist ein Obergrenzen-

system zur Vermeidung von Risikokonzentrationen eingerichtet. Mit den Kreditrisikomodellen Credit Portfolio View (CPV) in der Version des DSGVO für Kundenkreditgeschäfte und Credit Metrics (GCPM) für Handelsgeschäfte werden mögliche Risikokonzentrationen bei der Risikoquantifizierung berücksichtigt.

Im Marktpreisrisiko, hier speziell im Zinsänderungsrisiko, werden Konzentrationen explizit im Rahmen einer historischen Simulation berücksichtigt. Außerdem werden Handelsgeschäfte kontingentiert und Obergrenzen zur Vermeidung von Risikokonzentrationen festgelegt.

Im Liquiditätsrisiko erfolgt eine qualitative und quantitative Bewertung der Risikokonzentrationen. Dabei werden u. a. sowohl die Fristigkeiten, die Produktarten als auch die Liquiditätsgeber betrachtet. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung anhand des Gini-Koeffizienten und des Herfindahl-Hirschman-Indizes.

Im Operationellen Risiko wird eine Ex-ante- und Ex-post-Identifikation von Schadenshäufungen durchgeführt. Zusätzlich trägt das Benchmarking mit Daten des DSGVO dazu bei, Risikokonzentrationen in Operationellen Risiken frühzeitig zu identifizieren.

Im jeweiligen Risikomanagementprozess der einzelnen Risikoarten werden die Entwicklungen der Risikokonzentrationen und die Einhaltung von Steuerungsmaßnahmen überwacht.

Risikotragfähigkeit

Unter dem Begriff der Risikotragfähigkeit verstehen wir eine angemessene Ausstattung mit Risikodeckungspotenzial im Verhältnis zu den vorhandenen Risiken. Dadurch stellen wir sicher, dass die Risiken jederzeit auf ein für die Naspa als vertretbar eingeschätztes Maß begrenzt sind. Ziel ist es, die Risikotragfähigkeit nachhaltig sicherzustellen. Dies wird dann erreicht, wenn das vorhandene Risikodeckungspotenzial zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Wahrscheinlichkeit größer ist als die eingegangenen Risiken. Wir haben die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit mithilfe eines gesamtbankweiten Limitsystems in unser internes Risikomanagement integriert. Alle wesentlichen Risiken werden im Steuerungskonzept berücksichtigt.

Insgesamt wird zwischen drei verschiedenen Perspektiven unterschieden: dem ökonomischen Steuerungskreis, dem GuV-orientierten

Steuerungskreis und dem aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis. Darüber hinaus wird die Risikosituation der Naspa für den bundesweiten Haftungsverbund über das DSGVO-Risikomonitoring sowie für den regionalen Verbund über das Risikotransparenzsystem der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen beurteilt.

Stresstests

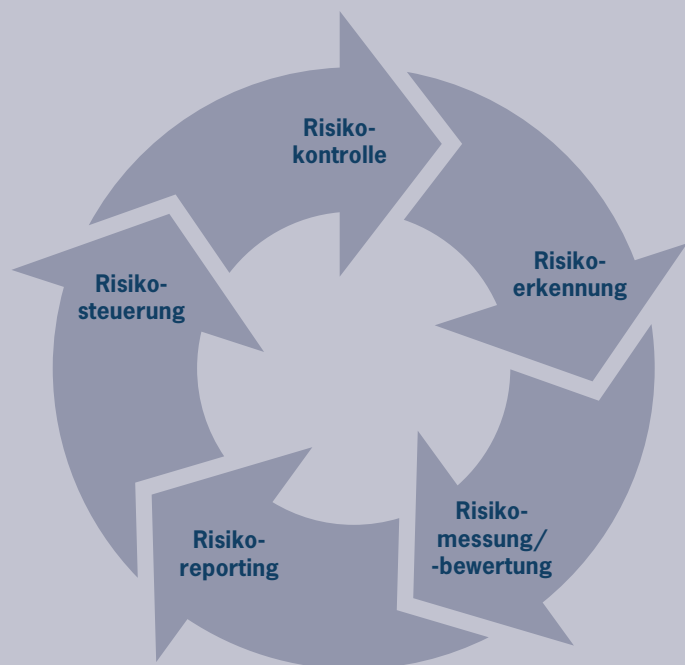
Die Naspa führt regelmäßig oder anlassbezogen Stresstests durch. Hierbei wird die Verlustanfälligkeit der Naspa bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse geprüft. Darüber hinaus werden inverse Stresstests vorgenommen. Bei diesen wird untersucht, welche Ereignisse die Naspa in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Kritische Geschäftsentwicklungen können somit früher identifiziert werden und die Sichtweise auf die Risikotragfähigkeit der Naspa im Sinne einer kritischen Reflexion wird ergänzt.

Die Stresstests werden auf Basis identifizierter Risiko- und Werttreiber der Naspa entwickelt und bei Bedarf an neue Situationen in der Umwelt angepasst. Sie umfassen Sensitivitätsanalysen und Szenarioanalysen sowie historische und hypothetische Szenarien. Im Jahr 2011 hat die Naspa neun verschiedene herkömmliche Stresstests (z. B. globale Rezession, Kreditkrise, Zinsschock, Liquiditätskrise) und zwei inverse Stresstests durchgeführt. Im Ergebnis ist in allen durchgeführten herkömmlichen Stresstests das Risikodeckungspotenzial größer als die Risiken, d. h., die Risikotragfähigkeit ist gegeben. Aus den Ergebnissen sämtlicher Stresstests ergeben sich keine zusätzlichen Handlungserfordernisse.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Naspa baut auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Die angewandten Methoden und Instrumente umfassen damit alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken und werden fortlaufend nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien weiterentwickelt.

Als dauerhafter, kontinuierlicher Prozess kann der Risikomanagementprozess in Form des folgenden Regelkreises dargestellt werden.



Effektives Risikomanagement, d. h., die rechtzeitige, angemessene und effiziente Reaktion auf unerwünschte Entwicklungen bzw. deren Vermeidung, erfordert detaillierte Kenntnisse der Risiken aller Geschäftsaktivitäten. Ziel der **Risikoerkennung** ist somit die strukturierte Erfassung der wesentlichen Risiken und Risikobereiche. Besonders vor der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Produktvarianten oder auf neuen Märkten sind eine umfassende Risikoidentifikation und eine angemessene Einbindung in die Systeme erforderlich.

Bei der **Risikomessung und -bewertung** werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale entsprechend den risikospezifischen Quantifizierungsverfahren ermittelt und mit den festgelegten Limiten abgeglichen.

Das **Risikoreporting** verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung und Verdichtung der Daten aus der Risikomessung in Form eines systematischen internen Risikoreportings. Ein zentrales Element sind dabei die Risikoberichte, die den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risikosituation informieren.

Im Rahmen der **Risikosteuerung** werden für die identifizierten und bewerteten Risikopositionen entsprechende Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Risiken können dazu grundsätzlich akzeptiert, verringert,

begrenzt, vermieden oder übertragen werden. Dabei ist die Steuerung der Geschäftsaktivitäten unter Berücksichtigung ihrer Risiko-Ertrags-Relation von elementarer Bedeutung.

Im Rahmen der prozessabhängigen **Risikokontrolle** werden die durchgeführten Steuerungsmaßnahmen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität mittels Abweichungsanalyse überprüft und ggf. erneute Handlungen im Risikomanagementprozess veranlasst.

Risikomanagementorganisation

Der **Gesamtvorstand** ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und ihre Weiterentwicklung verantwortlich. Diese Verantwortung bezieht sich auch auf ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Sie umfasst die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente des Risikomanagementprozesses. Da der Gesamtvorstand diese Aufgabe jedoch nicht in vollem Umfang selbst wahrnehmen kann, hat er durch Zielvorgaben und Aufgabendelegation sicherzustellen, dass ein adäquates Risikomanagement im Unternehmen besteht. Bei der Naspa ist das Risikomanagement so gestaltet, dass die erforderlichen Funktionstrennungen zwischen Risikosteuerung und Risikokontrolling bis hin zur Vorstandsebene auch für den Vertretungsfall in der jeweils vom Vorstand verabschiedeten Geschäftsverteilung gewährleistet sind.

Der **Verwaltungsrat** oder seine gemäß Geschäftsordnung gebildeten Ausschüsse werden mindestens vierteljährlich oder bei wesentlichen Ereignissen schriftlich über die Risikosituation informiert. Darüber hinaus werden die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie sowie die Teilrisikostategien dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die **Risikosteuerung** hat die Aufgabe, die im Rahmen der Risikoerkennung und Risikoanalyse ermittelten Risiken durch entsprechende Maßnahmen aktiv zu beeinflussen. Die adäquate Steuerung setzt voraus, dass die oder der Verantwortliche kontinuierlich über die Risikosituation informiert ist und die eingeleiteten Risikomaßnahmen kommuniziert. Über die erforderlichen Maßnahmen wird individuell entschieden. Die Verantwortlichkeit für alle operativen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Risikosteuerung obliegt in der Naspa den jeweiligen geschäftsfeldverantwortlichen Fachbereichen.

Das **Risikocontrolling** ist als Bestandteil des Risikomanagementprozesses die zwingende Voraussetzung für eine sachgerechte Analyse und Beurteilung von Risiken. Das Risikocontrolling verfolgt das Ziel, die Risiken zu überwachen sowie die Planung zielorientiert an veränderte Bedingungen anzupassen. Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung ist in der Naspa für das Risikocontrolling zuständig. Ihm obliegt die Methodenkompetenz zur Ausgestaltung der einzusetzenden Verfahren für die Erkennung, die Messung und Beurteilung, das Reporting, die Steuerung und die Kontrolle der Risiken.

Die **Interne Revision** ist ein von den zu prüfenden Organisationseinheiten und Prozessen unabhängiges Instrument des Vorstands, ihm unmittelbar unterstellt und berichtspflichtig. Sie überwacht risikoorientiert als unabhängiger unternehmensinterner Bereich die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Basis für die Tätigkeit der Internen Revision sind die geschäftspolitischen Grundsätze, Ziele und Strategien des Vorstands. Sie nimmt ihre Aufgaben selbständig und unabhängig wahr. Grundlage der Prüfungshandlungen durch die Interne Revision sind die MaRisk sowie die Geschäftsanweisung für die Interne Revision. Sie prüft und beurteilt insbesondere die Angemessenheit und Wirksamkeit der Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollaktivitäten, die der Erfüllung der Anforderungen an das Risikomanagement nach § 25a KWG dienen. Darüber hinaus prüft und beurteilt sie die vollständige und zweckmäßige Umsetzung der durch den Vorstand verabschiedeten Strategien und Zielsetzungen sowie die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems.

Die Risikoarten im Einzelnen

Adressrisiken

Die wesentlichen Ziele des Adressrisikomanagements sind in der Teilrisikostategie Adressrisiken festgelegt. Ein Hauptziel der Naspa ist eine adäquate Risiko-Ertrags-Relation im Rahmen einer konservativen Kreditrisikopolitik.

Abhängig von Kundenbonität und Besicherung hat sich die Naspa engagementbezogene Obergrenzen auferlegt. Daneben sind Obergrenzen für den Handelsbereich festgelegt. Überschreitungen der Obergrenzen werden überwacht.

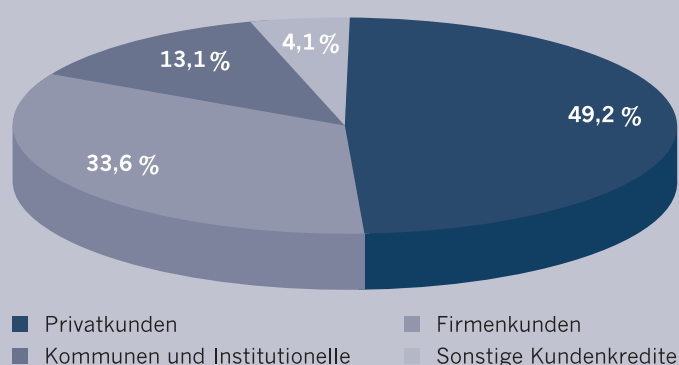
Die Kreditbewilligungskompetenzen sind neben einer größen- und sicherheitenabhängigen Kompetenzstufe so ausgerichtet, dass ab einem bestimmten Rating der nächsthöhere Kompetenzträger über das Engagement entscheidet.

Zur Risikoklassifizierung des Kundenkreditgeschäftes setzen wir grundsätzlich die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH für die S-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Dabei handelt es sich um mathematisch-statistische Beschreibungsmodelle, die ausfallrelevante Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers in eine Bonitätsaussage (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit) transformieren.

Am 31. Dezember 2011 ergab sich für das Kundenkreditportfolio (einschließlich Kreditzusagen und Berücksichtigung der Kreditkartenlimite) in Höhe von rd. 10,6 Mrd. EUR (2010: 10,2 Mrd. EUR) folgende Struktur:

Rating-klassen	1-9	10-12	13-15	16-18	ohne Rating
Definition	kein erkennbares oder geringes Bonitätsrisiko	erhöhtes Bonitätsrisiko, aber akzeptabel	stark problem-behaftete Engagements	unwahrscheinliche Rückzahlung, 90 Tage Verzug, Risikovorsorge gebildet, Vergleich, Insolvenz	es liegt kein internes Ratingverfahren vor (z. B. bei Forderungen an Kommunen)
Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	0,01-2,00	3,00-6,70	10,00-20,00		
Anteil am Kundenkreditvolumen in %	87,3	5,4	2,2	3,4	1,7
Zum Vergleich: 31.12.10	84,1	7,0	2,9	4,1	1,9

Das Kundenkreditvolumen nach Geschäftsfeldern verteilt sich zum Jahresende 2011 wie folgt:



Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Einzelkundenebene wird auf Basis unterschiedlicher Risikokriterien ein Frühwarnverfahren eingesetzt. Für die dort ermittelten erhöht risikobehafteten Engagements werden individuelle Maßnahmen zur Verringerung des Risikos eingeleitet und zentral überwacht.

Prognosen zur Einzelrisikovorsorge für akute Ausfallrisiken werden monatlich erstellt. Stark problembehaftete Engagements werden ab einer bestimmten Größenordnung im Zentralbereich Kreditmanagement betreut.

Zur Steuerung der ökonomischen Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft auf Portfolioebene haben wir CPV im Einsatz. Anhand dieses Modells sind wir in der Lage, sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft zu errechnen. Für den GuV-Steuerungskreis wird ein Pauschalbetrag als Risikowert festgelegt, welcher auf historischen Bewertungsergebnissen basiert und regelmäßig plausibilisiert wird.

Die Risikoabschirmung im risikobehafteten Kundenkreditgeschäft der Naspa umfasst Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von rd. 176 Mio. EUR = rd. 1,8 % (Vorjahr: 199 Mio. EUR = 1,9 %) des bilanziellen Kundenkreditvolumens einschließlich Eventualverbindlichkeiten. Hiervon entfielen rund zwei Drittel auf Firmenkunden und rund ein Drittel auf Privatkunden. Die Netto-Zuführungen zur Risikovorsorge im Firmenkundenbereich verringerten sich um rd. 91 %. Im Privatkundenbereich kam es im Berichtsjahr zu einer Reduzierung um rd. 48 %. Den erkennbaren Risiken wird ausreichend Rechnung getragen.

Die Adressrisiken im Handelsgeschäft werden u. a. auf Basis externer Ratings gesteuert und auf Portfolioebene überwacht. Für die Portfolioüberwachung wird ein CreditMetrics-Ansatz mithilfe der DV-Anwendung GCPM verwendet. Nach unseren internen Regelungen werden grundsätzlich nur Anlagen im Investment-Grade-Bereich getätigt.

Die **Länderrisiken** werden nach einem Länderrating gesteuert, das auf den Ratingsystemen von Moody's und Standard & Poor's basiert. Die Naspa tätigt grundsätzlich nur Geschäfte mit Kontrahenten bzw. Emittenten mit Sitz in einem Land, das mit mindestens A- beurteilt wurde. Geschäfte mit Partnern aus Ländern, die ein schlechteres Länderrating haben, sind grundsätzlich nicht zulässig. Aufgrund der gestiegenen Risikoprämien für die Finanzierung verschiedener Eurostaaten wurden seit 2010 die Länderrisiken stärker überwacht. Es bestehen keine Kreditlinien für die sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien). Es bestehen Forderungen in Höhe von 139,0 Mio. EUR (davon 130,7 Mio. EUR Wertpapiere;

8,3 Mio. EUR Kundenkredite einschließlich Kreditzusagen) an Kreditnehmer mit Sitz in den betreffenden Ländern. Der größte Anteil (95,5 %) entfällt hierbei auf Kreditnehmer mit Sitz in Irland. Auf die Kreditnehmer in Spanien entfallen 3,5 %, in Italien 0,9 % und in Griechenland 0,1 %.

Vor dem Hintergrund der EU-Schuldenkrise wird das Restrisiko aus dem Verkauf der Naspa Dublin und der damit verbundenen Haftungsverpflichtung als wesentliches Risiko klassifiziert.

Marktpreisrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Marktpreisrisiken sind in der Teilrisikostategie Marktpreisrisiken festgelegt.

Zur **Messung** von Marktpreisrisiken setzen wir verschiedene Risikomessverfahren ein. Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden grundsätzlich mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation ermittelt. Zur Ermittlung der Marktpreisrisiken bei den Handelsgeschäften wird ein Value-at-Risk-Ansatz angewandt, der auf einer einheitlichen Haltedauer von zehn Tagen und einem einseitigen Konfidenzintervall von 95 % in allen Handelsbereichen basiert. Zum 31. Dezember 2011 ermitteln sich auf dieser Grundlage Marktpreisrisiken von 18,5 Mio. EUR nach 13,1 Mio. EUR im Vorjahr (darunter Handelsbuch 72 TEUR; Vorjahr: 59 TEUR). Bei der Ermittlung der Risikowerte haben wir berücksichtigt, dass bei den Wertpapieren des Anlagevermögens Niederstwertabschreibungen nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen werden. Die Quantifizierung von Spreadrisiken erfolgt auf Basis eines analytischen Verfahrens mithilfe der DV-Anwendung GCPM, die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungskreisen entsprechend berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken erfolgt für die wertorientierte Sicht mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation und für die periodische Sicht mithilfe von Szenarioanalysen. Für die wertorientierte Zinsbuchsteuerung verfolgen wir dabei für das gesamte zinstragende Geschäft – das auch die zur Steuerung der Festzinspositionen und zur Sicherung der Zinsmarge abgeschlossenen Payer- und Receiverswaps beinhaltet – einen passiven Management-

ansatz. Dazu haben wir eine effiziente Benchmark festgelegt, deren Cashflowstruktur und Risiko als Vorbild für die Modellierung des Gesamtbankcashflows dient.

Das GuV-wirksame Zinsänderungsrisiko (Zinsspannenrisiko) wird für die Naspa auf Basis monatlicher Szenarioanalysen gemessen. Im Jahr 2011 wurde ein neues Verfahren zur Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos eingeführt. Ausgehend von dem Erwartungswert aus der Unternehmensplanung wird in einem ersten Schritt für den Risikofall die Zinsstruktur ermittelt, die in der gemeinsamen Betrachtung von Zinsüberschuss und zinsinduziertem Bewertungsergebnis Wertpapiere den größten Risikowert ergibt. Im zweiten Schritt werden für den so ermittelten Risikofall die zusätzlichen Auswirkungen aus Veränderungen der Geschäftsstruktur (Wachstumsraten, Margenveränderungen, Inanspruchnahmen Impliziter Optionen) quantifiziert. Zum 31. Dezember 2011 betrug das so ermittelte Zinsspannenrisiko auf Sicht von zwölf Monaten im 95 %-Konfidenzintervall 21,2 Mio. EUR. Dabei entfallen 16,5 Mio. EUR auf die Reduzierung des Zinsüberschusses (davon 8,9 Mio. EUR Zinsstruktur und 7,6 Mio. EUR Geschäftsstruktur) und 4,7 Mio. EUR auf das zinsinduzierte Bewertungsergebnis Wertpapiere.

Die relative Barwertänderung im Verhältnis zu den haftenden Eigenmitteln beträgt per 31. Dezember 2011 –19,9 % bei einer Zinsänderung von +200 Basispunkten und +22,8 % bei einer Zinsänderung von –200 Basispunkten (§ 25a Abs. 1 S. 7 KWG).

Die **Steuerung der Risiken** aus dem Zinsbuch erfolgt primär unter wertorientierten Gesichtspunkten auf Basis eines passiven Managementansatzes. Das maximale Zinsänderungsrisiko für die Gesamtbank ist auf das Limit für die unerwartete Zinsänderung gemäß § 25a Abs. 1 S. 7 i. V. m. § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG begrenzt. Als Nebenbedingung wird eine strategische Zinsbuch-Benchmark festgelegt, welche die Einhaltung dieses Limits jederzeit sicherstellt. Zur operativen Steuerung bzw. Begrenzung der Risiken aus Handelsgeschäften dient aktuell ein System von Verlustobergrenzen und Volumenbegrenzungen (Kontingenten). Daneben ist für alle Marktpreisrisiken innerhalb des ökonomischen Steuerungskreises ein Gesamtbanklimit abgeleitet, dessen Einhaltung regelmäßig überwacht wird.

Liquiditätsrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Teilrisikostategie Liquiditätsrisiken festgelegt. Die Ausgestaltung des Liquiditäts- und Risikomanagements erfolgt in drei Stufen:

Ausgestaltung	tägliche Liquiditätsdisposition	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz
Ausprägung	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Verteuerung der Refinanzierung
Zeithorizont	Täglich	1 Monat	Bis 15 Jahre
Risikotoleranz	Keine, d. h., Zahlungsverpflichtungen sind täglich zu erfüllen	Schwellenwerte für Liquiditätskennzahl z. B. grüner Ampelbereich, wenn Liquiditätskennzahl $\geq 1,7$	Limit für barwertige Liquiditätsrisikokosten zur Zeit Limit von 1 Mio. EUR
Einfluss auf die Risikotragfähigkeit	Nein	Nein	Ja
Früherkennung von Liquiditätsrisiken	Ungewöhnliche Zahlungsausgänge und/oder eingeschränkte Handelsmöglichkeiten	Liquiditätskennzahl im Zeitvergleich	Möglicher künftiger Liquiditätsbedarf

Primäres Ziel der **täglichen Liquiditätsdisposition** ist es, dass die Naspa die Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann. Weist die tägliche Liquiditätsdisposition eine ungewöhnliche Entwicklung auf (z. B. vermehrte Inanspruchnahme eines Übernachtkredits bei der EZB, Abruf von Kundeneinlagen, Anstieg der Inanspruchnahme von Darlehenszusagen durch Kunden), wird u. a. der Gesamtvorstand im Rahmen eines Ad-hoc-Berichts unverzüglich informiert. Somit ist sichergestellt, dass Störungen frühzeitig erkannt werden und ggf. Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden (Früherkennungsverfahren).

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung: Für die **Messung** und **Steuerung** der Liquiditätsrisiken orientiert sich die Naspa u. a. an der Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV). Dafür werden Schwellenwerte und Ziele definiert. Die Schwellenwerte führen zu einer internen Einstufung des Liquiditätsrisikos in einen grünen, gelben oder roten Bereich.

Ziel ist es, dass sich die Liquiditätskennzahl für die Naspa im grünen Bereich befindet. Wird eine Liquiditätskennzahl im gelben oder im roten Bereich ermittelt, müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Im roten Bereich sind unverzüglich Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung einzuleiten und ein Ad-hoc-Risikobericht zu erstellen.

Die Kennziffer, die das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in einem Fälligkeitszeitraum von einem Tag bis zu einem Monat angibt, stellte sich bei einer Mindestanforderung von 1,0 zum Quartalsende gemäß der Meldung an die Deutsche Bundesbank wie folgt dar:

Liquiditätskennziffer gemäß Meldung nach LiqV				
31.12.2010	31.03.2011	30.06.2011	30.09.2011	31.12.2011
2,53	2,07	2,12	2,04	2,09

Aus den Liquiditätskennziffern geht hervor, dass die Liquidität der Naspa gegeben ist. Den Zahlungsverpflichtungen konnte zu jeder Zeit nachgekommen werden.

Darüber hinaus beabsichtigt die Naspa sich frühzeitig auf die Erfüllung der neuen Anforderungen an die Liquidität gemäß Basel III vorzubereiten. Bei der Wiederanlage von Fälligkeiten werden daher die (aktuell bekannten) Kriterien der hochliquiden Aktiva der Liquidity Coverage Ratio (LCR) berücksichtigt. Damit soll die Liquiditätsausstattung der Naspa frühzeitig auf die neuen Anforderungen ausgerichtet werden.

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz: Grundlage zur Berechnung der barwertigen Liquiditätsrisikokosten ist die Liquiditätsablaufbilanz der Naspa. Auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz wird eine Verteuerung der Refinanzierung über alle Laufzeiten unterstellt und daraus (zusätzliche) barwertige Liquiditätsrisikokosten ermittelt. Das barwertige Liquiditätskostenrisiko stellt die Zusatzkosten dar, die nach Anstieg der Liquiditätsspreads für das Schließen bestehender Refinanzierungslücken entstehen. Die Refinanzierungslücken sind dabei die auf Basis des Bestandsgeschäftes ermittelten kumulierten Netto-Refinanzierungslücken.

Zusätzlich gehen die periodischen Liquiditätsrisikokosten als Risikobetrag in die Berechnung der GuV-Risikotragfähigkeit ein. Das periodische Liquiditätsrisiko ist definiert als die im aktuellen Geschäftsjahr noch entstehenden, GuV-wirksamen Zusatzkosten bei Schließen der bestehenden Refinanzierungslücken zu erhöhten Refinanzierungsspreads.

Operationelle Risiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Operationellen Risiken sind in der Teilrisikostategie Operationelle Risiken festgelegt. Für die **Bewertung** der Operationellen Risiken werden die Daten aus der Schadensfalldatenbank (Ex-post-Schäden) sowie die geschätzten Daten aus der Risikolandkarte (Ex-ante-Risiken) verglichen. Zusätzlich werden die institutseigenen Daten mit den Daten aus dem Datenpooling des DSGVO verglichen, um ggf. Risikokonzentrationen in bestimmten Geschäftsfeldern zu identifizieren.

Auf Basis der erkannten und bewerteten Risiken erfolgt die **Risiko-steuerung**. Die Verantwortung hierfür liegt grundsätzlich bei den zentralen und dezentralen Organisationseinheiten. Die Risikosteuerung umfasst Maßnahmen zur Akzeptanz, zur Minderung, zum Transfer sowie zur Vermeidung von Operationellen Risiken. Zur Vermeidung Operationeller Risiken hat die Naspa u. a. im Rahmen des internen Kontrollsystems aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen zur technisch-organisatorischen sowie personellen Ausstattung getroffen und Notfallkonzepte erstellt.

Umfang und Qualität der technisch-organisatorischen Ausstattung haben sich an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie der Risikosituation der Naspa zu orientieren. Zunehmend ermöglicht die IT, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten. Dem gegenüber stehen jedoch auch Risiken, wie die Abhängigkeiten von IT-Anwendungen und IT-Infrastrukturen oder bei Einführung neuer IT-Systeme bzw. bei DV-Restrukturierungsmaßnahmen. Um diese Risiken zu vermeiden, wurde innerhalb der Naspa eine entsprechende IT-Strategie verabschiedet.

Zur Sicherstellung der personellen Ausstattung gelten personalpolitische Grundsätze, die u. a. zum Ziel haben, die quantitative und qualitative Personalausstattung betriebsinternen Erfordernissen, den verfolgten Geschäftsaktivitäten und der Risikosituation entsprechend auszurichten. Für Mitarbeiter, deren Stellung dies erfordert, sind Regelungen für den Vertretungsfall getroffen, die eine reibungslose Fortführung der Betriebsabläufe garantieren. Die Vergütungs- und Anreizsysteme der Naspa werden an den in der Geschäfts- und der Risikostrategie niedergelegten Zielsetzungen ausgerichtet. Auf Basis einer Risikoanalyse wurde entschieden, dass die Naspa i. S. der Verordnung über die aufsichtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten kein „bedeutendes“ Institut darstellt.

Potenziellen Notfällen bei zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen wird mit einem Notfallkonzept Rechnung getragen. Die Wirksamkeit und Angemessenheit des Notfallkonzeptes wird regelmäßig durch Notfalltests überprüft.

Das Notfallhandbuch ist ein zentraler Bestandteil der Konzepte der Naspa zur IT-Sicherheit. Die Wirksamkeit und Funktion aller Notfallvorsorgemaßnahmen und Notfallpläne wird in einem jährlichen Turnus in Form von Notfallübungen inklusive deren Dokumentation überprüft und darüber hinaus turnusmäßig einer Prüfung durch die IT-Revision unterzogen.

Auch in der Gesamtbanksteuerung werden Operationelle Risiken bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit sowohl im GuV- als auch im ökonomischen Steuerungskreis berücksichtigt. Zur Quantifizierung von Operationellen Risiken werden ein Value-at-Risk (OpVaR) sowie ein Expected Loss (EL) nach dem Ambitionierten Messansatz (AMA) berechnet. Basen dafür bilden interne und externe Verlustdaten sowie Szenarien.

Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden ebenfalls als wesentliche Risiken innerhalb der Naspa definiert. Die Wesentlichkeit dieser Risikoart liegt in dem Ergebnisbeitrag des Vertriebs begründet, der durch die Aufgaben der Naspa determiniert wird.

Der Vertrieb und die damit einhergehenden Vertriebsrisiken sind Gegenstand der Geschäftsstrategie. Für die Vertriebsrisiken wird daher auf die Erstellung einer eigenen Teilrisikostrategie verzichtet. Die Verantwortlichkeiten in Anlehnung an die einzelnen Risikosteuerungs- und Controllingprozesse sind in den Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation verankert.

Vertriebsrisiken werden bei der Risikotragfähigkeit in den jeweiligen GuV-Posten bzw. durch pauschale Puffer berücksichtigt.

Für die operative Steuerung der Vertriebsrisiken sind zwei Zentralbereiche getrennt nach Firmen- und Privatkunden verantwortlich. Ihre Aufgabe ist die Analyse der Vertriebsergebnisse und ggf. die Vereinbarung von Maßnahmen zur Angleichung an die Ziele sowie deren Kontrolle.

Dem Vorstand wird im monatlichen Turnus anhand eines Soll-Ist-Abgleichs über die Geschäftsentwicklung, die u. a. Ergebnisprognose, Bestandsentwicklung und Absatzzahlen (Neugeschäft) beinhalten, berichtet.

Strategische Risiken

Strategische Risiken bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Strategische Risiken werden in anderen Risikoarten (z. B. Adressrisiken, Marktpreisrisiken) mittelbar identifiziert und beeinflussen u. U. die Risikoneigung des Vorstandes und damit die Höhe des Risikopuffers bzw. die Bereitschaft, Risikodeckungspotenzial für das Eingehen von Risiken bereitzustellen. Durch eine intensive Vorbereitung und Diskussion strategischer Entscheidungen wird Strategischen Risiken Rechnung getragen.

Eine regelmäßige Kontrolle der Umsetzung der Geschäftsstrategie stellt sicher, dass die Strategie in der Organisation und der operativen Geschäftstätigkeit verankert ist.

Risiken der Gesamtbank

Alle wesentlichen Risiken werden sowohl im ökonomischen als auch im GuV- und im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis zu einem Gesamtbankrisiko aggregiert. Zentrale interne Steuerungsgröße ist dabei das ökonomische Risikodeckungspotenzial, das die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste (Risikopotenzial) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) abdeckt. Die Bewertung der Risiken erfolgt methodisch konsistent auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes.

Die GuV-Risiken werden je GuV-Posten als negative Abweichung von den Ergebniskomponenten der Planung gemessen. Dabei haben wir – sofern entsprechende Modelle vorhanden sind – ein Konfidenzniveau von 95 % zugrunde gelegt, ansonsten eine Expertenschätzung vorgenommen. Die Addition der GuV-Risiken aller Ergebniskomponenten ergibt das Gesamtbankrisiko. Aufgrund des Vorsichtsprinzips und der nicht exakt bestimmbareren Wechselwirkungen werden Diversifikationseffekte zwischen den Risiken nicht berücksichtigt. Die GuV-Risikotragfähigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr trotz gestiegener Risiken leicht verbessert. Dies resultiert insbesondere aus der Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) und der Stärkung der Sicherheitsrücklage. Für die Risiken im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis wird von den GuV-Risiken der Plan-gewinn subtrahiert, da im Falle eines Risikoeintritts das aufsichtsrechtliche Risikodeckungspotenzial erst in Anspruch genommen wird, wenn der Plangewinn aufgebraucht ist.

Die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Risikomanagementprozess erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit der Risiken in den einzelnen Tochtergesellschaften in einer abgestuften Systematik. Ungeachtet der Einbindung der Unternehmen in den Risikomanagementprozess der Naspa sind von den Tochtergesellschaften die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Risikomanagement zu beachten.

Prognosebericht

Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung wesentlich abweichen. Für diesen Fall verfügt die Naspa über geeignete Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zeitnah zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die konjunkturelle Entwicklung lassen im Jahr 2012 ein leichtes Wirtschaftswachstum im Euroraum erwarten. Für Deutschland wird dabei eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 0,9 % gegenüber dem Vorjahr prognostiziert.

Auf die Finanzinstitute kommt kurz- bis mittelfristig eine Vielzahl regulatorischer Änderungen zu. Im Mittelpunkt steht dabei die Umsetzung der neuen Baseler Rahmenvereinbarung (Basel III). Basel III umfasst eine Reihe neuer Bestimmungen, die die bisherigen Regelungen (Basel II) ergänzen und teilweise weiterentwickeln. Im Einzelnen geht es um die Stärkung der Qualität und Quantität des bankaufsichtlichen Eigenkapitals, einen globalen Liquiditätsstandard, die Unterlegung weiterer Risiken mit Eigenkapital sowie die Einführung einer Verschuldungsquote. Die Regelungen treten ab 2013 in Kraft, wobei teilweise längere Übergangsfristen vorgesehen sind. Vor diesem Hintergrund haben wir uns intensiv in einer Auswirkungsstudie mit den neuen und geänderten Anforderungen befasst. Im Ergebnis werden wir diese erfüllen, sofern die prognostizierte Ergebnisentwicklung eintritt. Darüber hinaus sind für den Fall eines ungünstigeren Verlaufs Maßnahmen definiert, um auch dann die neuen und geänderten Anforderungen zu erfüllen.

Für 2012 rechnen wir mit moderaten Wachstumsraten im Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite. Bei den Eigenanlagen werden wir Fälligkeiten nicht prolongieren, sondern, soweit möglich, zum Abbau von entsprechenden Refinanzierungsmitteln verwenden. In den Ergebniskomponenten Zins- und Provisionsüberschuss planen wir im Jahr 2012 einen Anstieg. Durch die prognostizierte Zinsstrukturkurve wird sich der Strukturbeitrag nicht nennenswert ausweiten.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Aufgrund der erwarteten Tarif- und Gehaltssteigerung wird der Personalaufwand dabei zunehmen. Die Sachaufwendungen werden sich durch geplante Projekte, wie zum Beispiel die Umsetzung der gesetzlichen Anforderung aus Basel III, ebenfalls erhöhen. Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird nach unseren Erwartungen höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr ausfallen. Gründe hierfür liegen in einem historisch niedrigen Bewertungsergebnis im Jahr 2011. Durch Unsicherheiten an den Finanzmärkten gehen wir von einem Anstieg beim Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft aus. Aufgrund dieser Annahmen rechnen wir für das Geschäftsjahr 2012 mit einem Rückgang des Betriebsergebnisses vor und nach Bewertung.

Für das Geschäftsjahr 2013 gehen wir weiterhin von einem moderaten Kundenwachstum aus. Der Zinsüberschuss wird sich leicht vermindern, der Provisionsüberschuss hingegen erhöhen. Die Verwaltungsaufwendungen werden sich moderat erhöhen. Insgesamt planen wir mit einem niedrigeren Jahresüberschuss für die Jahre 2012 und 2013.

Gesamtaussage

Zusammenfassend sehen wir die Chancen in den Jahren 2012 und 2013 in der konsequenten Umsetzung des qualitätssteigernden ganzheitlichen Beratungsansatzes für alle Kundensegmente in unseren Kerngeschäftsfeldern.

Sollte es zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte kommen, besteht die Chance auf einen Anstieg der Provisionserträge im Dienstleistungsgeschäft. Risiken beim Dienstleistungsergebnis sehen wir insbesondere in einem härter werdenden Preiswettbewerb z. B. im Bereich der Kontoführung.

Die aus der Umstellung der Bilanzierungsvorschriften für Pensionsverpflichtungen nach dem BilMoG resultierenden Belastungen werden wir in den kommenden Jahren weiter reduzieren. Bei den Verwaltungsaufwendungen erwarten wir – durch die tarif- und preisbedingten Belastungen und die Umsetzung von Projektvorhaben – moderate Erhöhungen. In Anbetracht der sich verschärfenden Wettbewerbslage werden wir unverändert ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung des Aufwands richten.

Wesentliche Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung sehen wir vor allem in der spürbaren Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung und in nicht vorhersehbaren Risiken im Zusammenhang mit der Schuldenkrise der Eurostaaten, insbesondere, weil die Regierungen der einzelnen Staaten angesichts der nicht tragbaren Schuldenentwicklung vor der schwierigen Aufgabe stehen, ihre Haushalte zu konsolidieren, ohne die Probleme für die Realwirtschaft zu verstärken. Risiken bestehen auch bei einer – entgegen unseren Erwartungen – gravierenden Veränderung der rechtlichen bzw. aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit Basel III und möglichen sonstigen regulatorischen Anforderungen.

Eine erhebliche Verschlechterung der branchenspezifischen Rahmenbedingungen würde auch wesentliche Auswirkungen auf die Einzelrisikovorsorge für Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft haben.

Hinsichtlich des Zinsniveaus ergeben sich dann erhebliche Nachteile für die Sparkasse, wenn die Zinsen bei den kurzen Laufzeiten deutlich stärker steigen als im mittel- und langfristigen Bereich und sich somit die Zinsstrukturkurve entgegen unseren Einschätzungen weiter verflachen würde. Demgegenüber wäre eine steilere Zinsstrukturkurve von Vorteil für die Sparkasse.

Bei günstigeren Entwicklungen der Rahmenbedingungen ergeben sich entsprechende Chancen.

Bericht des Verwaltungsrates

Im Berichtsjahr fanden 6 Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Neben der Behandlung und Feststellung des Jahresabschlusses 2011 in der Sitzung am 13. April 2011 haben wir uns regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäfts-, Ertrags- und Risikolage sowie die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation informieren lassen und den Vorstand hierzu beraten. Ferner haben wir mit dem Vorstand folgende Schwerpunkte erörtert und, soweit erforderlich, entsprechende Beschlüsse gefasst

- Geschäfts- sowie Risikostrategie nebst Teilrisikostrategien 2011
- Planungen 2011
 - Detailplanung
 - Planung auf Geschäftsfeldebene
 - Mittelfristplanung
- Aktuelle Entwicklung Naspa Dublin vor dem Hintergrund des öffentlich rechtlichen Vertrages
- Aktuelle Entwicklung an den europäischen Finanzmärkten bzw. dem Finanzmarkt USA
- Evaluation Naspa 2011
- Informationen zu aktuellen bankaufsichtsrechtlichen Themen wie Basel III, zur Naspa-Anlageberatung /-Produktauswahl sowie einer wesentlichen organisatorischen Maßnahme im Vorfeld der Beschlussfassung durch den Naspa-Vorstand
- Anhörung zur Änderung der Naspa-Satzung, gültig ab 1. April 2011
- Regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeit der Revision
- Jahresbericht 2010 des Compliance-Beauftragten

Mit der ausführlichen Berichterstattung in der Dezember-Sitzung über das gesellschaftliche Engagement der Naspa wurde das „Naspa-Jahr der Nachhaltigkeit 2012“ gestartet. Über die Ergebnisse dieser Initiative wird künftig regelmäßig in der letzten Sitzung des Jahres informiert.

Der Verwaltungsrat war somit in alle Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Institut einbezogen und hat, soweit erforderlich, nach eingehender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand unterrichtete uns über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Naspa regelmäßig, umfassend und zeitnah. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden darüber hinaus in den Sitzungen der zustän-

digen Ausschüsse des Verwaltungsrates beraten und vertieft. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichteten in den Verwaltungsratssitzungen zeitnah über wesentliche Beschlüsse und Beratungsgegenstände aus diesen Ausschüssen. Zwischen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes der Naspa fanden daneben regelmäßige Besprechungen statt, in denen über aktuelle operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden.

Am 27. September 2011 trat der für die neue Amtszeit bis 31. März 2016 gewählte Verwaltungsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Neben der Bestimmung des Stv. Verwaltungsratsvorsitzenden wurden in dieser Sitzung die Mitglieder bzw. Stellvertreter des Kredit- und Risikoausschusses und des Bilanzausschusses sowie die Mitglieder des Personalausschusses gewählt.

Eine Fortbildung der Verwaltungsratsglieder wurde seitens der Naspa auch im Berichtszeitraum an zwei Abenden mit folgenden Themenschwerpunkten zu aktuellen Entwicklungen im Kreditwesen angeboten und durch Mitglieder des Verwaltungsrates wahrgenommen:

- Themen rund um den Naspa-Jahresabschluss
 - Berichterstattung/Konsolidierungskreis/Offenlegung
 - Wesentliche rechtliche Grundlagen
 - Wesentliche Inhalte des Jahresabschlusses
 - Wesentliche Erweiterungen/Änderungen aufgrund BilMOG
 - Wesentliche Grundlagen der Jahresabschlussprüfung
 - Von der Erstellung zur Feststellung
- Aufgaben und Pflichten der Verwaltungsräte
- Zinsbuchsteuerung

Diese Informationsveranstaltungen werden auch im Geschäftsjahr 2012 an drei Terminen mit jeweils aktuellen Themen fortgeführt.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2011 den Verwaltungsratsmitgliedern die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des SGVHT für VR-Mitglieder angeboten; Mitglieder des Verwaltungsrates haben an einzelnen Veranstaltungen teilgenommen.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, prüfte den aufgestellten Jahresabschluss 2011 und erteilte den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde testiert, dass Buchführung

und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Die Abschlussunterlagen wurden allen Mitgliedern des Verwaltungsrates rechtzeitig zugesandt.

Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Bilanzausschusses am 18. April 2012 sowie an der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Dabei wurde der Bericht des Abschlussprüfers in beiden Sitzungen ausführlich erörtert. Nach der abschließenden Prüfung durch den Bilanzausschuss und unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2011 der Naspa festgestellt, den Lagebericht gebilligt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Dem Vorschlag des Vorstandes, den Jahresüberschuss – der dem Bilanzgewinn entspricht – der Sicherheitsrücklage zuzuführen, schließen wir uns an.

In seiner Sitzung am 27. September 2011 hat der Verwaltungsrat Herrn Andreas Fabich zum 1. April 2012 als weiteres Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Fabich wird ab 1. Mai 2012 das Privatkundengeschäft der Naspa verantworten.

Herr Bockholt wird zu diesem Termin nach einem erfolgreichen Arbeitsleben altersbedingt seinen Ruhestand antreten. An dieser Stelle sprechen wir Herrn Bockholt unseren Dank aus für sein engagiertes und umsichtiges Wirken zum Wohle der Naspa während seiner Amtszeit.

Der Verwaltungsrat – sowie die aus seiner Mitte bestellten Ausschüsse – hat somit im Berichtsjahr die ihm gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naspa für ihren engagierten und erfolgreichen Einsatz im Geschäftsjahr 2011.

Der Verwaltungsrat hat in seiner heutigen Sitzung diesen Bericht des Verwaltungsrates zum Jahresabschluss 2011 beschlossen.

Wiesbaden, 24. April 2012



Dr. Helmut Müller
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2011

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011		
		31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		95.551.799,78	113.748
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		127.095.392,57	124.771
		222.647.192,35	238.519
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,--	-
b) Wechsel		-,--	-
			-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		41.229.663,35	414.592
b) andere Forderungen		1.851.911.440,39	1.583.488
		1.893.141.103,74	1.998.080
4. Forderungen an Kunden		7.997.071.553,72	7.900.088
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert 3.146.265.906,64 EUR			(3.270.790)
Kommunalkredite 912.819.887,42 EUR			(785.567)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	-,--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			(-)
-,-- EUR			
ab) von anderen Emittenten	59.282.366,53		19.706
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			(19.706)
34.686.127,71 EUR		59.282.366,53	19.706
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	353.670.223,94		434.434
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			(434.434)
353.670.223,94 EUR			
bb) von anderen Emittenten	786.159.528,07		668.067
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			(587.075)
741.141.205,77 EUR		1.139.829.752,01	1.102.501
c) eigene Schuldverschreibungen		9.363,51	10
Nennbetrag 9.000,00 EUR			(9)
		1.199.121.482,05	1.122.217
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		133.636.582,80	182.914
6a. Handelsbestand		64.224,69	91
7. Beteiligungen		115.379.550,79	123.970
darunter:			
an Kreditinstituten 1.341.251,00 EUR			(1.758)
an Finanzdienstleistungsinstituten 4.691.327,10 EUR			(4.691)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		39.034.862,97	39.035
darunter:			
an Kreditinstituten	-,-- EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-- EUR		(-)
9. Treuhandvermögen		318.321,69	379
darunter:			
Treuhandkredite 318.321,69 EUR			(379)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-
		-,--	
11. Immaterielle Anlagewerte			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,--	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.952.357,69	5.724
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,--	-
d) geleistete Anzahlungen		32.500,00	25
		3.984.857,69	5.749
12. Sachanlagen		105.301.923,57	112.067
13. Sonstige Vermögensgegenstände		26.654.199,48	23.786
14. Rechnungsabgrenzungsposten		3.038.464,10	3.828
15. Aktive latente Steuern		68.901.294,43	55.827
Summe der Aktiva		11.808.295.614,07	11.806.547

Passivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011		
		31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		195.592.542,83	97.848
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.499.386.743,77	2.560.976
		2.694.979.286,60	2.658.824
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.866.569.906,73		2.046.335
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	360.194.540,09		293.336
		2.226.764.446,82	2.339.671
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	4.049.222.904,92		4.026.818
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	941.887.406,28		783.215
		4.991.110.311,20	4.810.033
		7.217.874.758,02	7.149.704
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen		468.637.481,14	613.887
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,--	-
darunter:			
Geldmarktpapiere	-,-- EUR		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-- EUR		(-)
		468.637.481,14	613.887
3a. Handelsbestand		128.697,70	244
4. Treuhandverbindlichkeiten		318.321,69	379
darunter: Treuhandkredite	318.321,69 EUR		(379)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		25.118.943,30	34.535
6. Rechnungsabgrenzungsposten		8.682.707,04	13.707
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		353.525.759,00	329.897
b) Steuerrückstellungen		34.498.291,90	41.263
c) andere Rückstellungen		67.061.296,19	50.566
		455.085.347,09	421.726
8. Sonderposten mit Rücklageanteil		-,--	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten		89.643.360,83	105.017
10. Genussrechtskapital		62.500.000,00	62.500
darunter:			
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	45.500.000,00 EUR		(10.000)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken		10.041.760,00	1.000
darunter:			
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	41.760,00 EUR		(-)
12. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital		200.000.000,00	200.000
aa) Stammkapital	100.000.000,00		100.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	100.000.000,00		100.000
b) Kapitalrücklage		-,--	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage	545.023.629,84		534.312
cb) andere Rücklagen	-,--		-
		545.023.629,84	534.312
d) Bilanzgewinn		30.261.320,82	10.712
		775.284.950,66	745.024
Summe der Passiva		11.808.295.614,07	11.806.547
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,--	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		1.885.492.751,40	2.732.047
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,--	-
		1.885.492.751,40	2.732.047
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,--	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,--	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		489.913.000,00	415.336
		489.913.000,00	415.336

Gewinn- und Verlustrechnung		für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	
		1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2010
	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	419.330.527,39		433.435
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	32.871.517,25		32.855
		452.202.044,64	466.290
2. Zinsaufwendungen		219.418.932,29	223.716
darunter:			
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 11.338,88 EUR			(67)
		232.783.112,35	242.574
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.003.855,92	2.460
b) Beteiligungen		4.643.785,01	3.071
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.037.145,84	1.633
		7.684.786,77	7.164
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			7.235
5. Provisionserträge		70.844.186,53	71.483
6. Provisionsaufwendungen		4.388.493,51	4.658
		66.455.693,02	66.824
7. Nettoertrag des Handelsbestands		372.151,24	3
darunter: Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken 41.400,00 EUR			(-)
8. Sonstige betriebliche Erträge			18.139
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 574.268,76 EUR			(527)
aus der Abzinsung von Rückstellungen 194,30 EUR			(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-
		341.894.052,72	341.939
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	99.282.213,52		96.907
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 12.433.139,39 EUR	28.975.997,39	128.258.210,91	20.304 117.210 (3.461)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		72.629.625,55	69.866
		200.887.836,46	187.076
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			12.741
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			42.533
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 292.077,64 EUR			(-)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 24.107.712,96 EUR			(29.970)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			80.460
		-,-	
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.987.554,19	-
		1.987.554,19	80.460
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		21.634.156,39	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			1.408
		-,-	
		21.634.156,39	1.408
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		750.522,82	630
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		9.000.000,00	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		48.849.662,25	19.906

		1.1.–31.12.2011	1.1.–31.12.2010
	EUR	EUR	TEUR
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (Übertrag)		48.849.662,25	19.906
20. Außerordentliche Erträge		-,-	2.842
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	-,- EUR		(2.842)
21. Außerordentliche Aufwendungen	7.280.446,00		9.821
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	7.280.446,00 EUR		(9.821)
22. Außerordentliches Ergebnis		7.280.446,00	6.979
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.942.253,10		1.849
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	13.074.475,42 EUR		(20.869)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	365.642,33		367
		11.307.895,43	2.216
25. Jahresüberschuss		30.261.320,82	10.712
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-,-	-
		30.261.320,82	10.712
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) aus anderen Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
		30.261.320,82	10.712
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) in andere Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
29. Bilanzgewinn		30.261.320,82	10.712

Anhang der Nassauischen Sparkasse

zum 31. Dezember 2011

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Nassauischen Sparkasse zum 31. Dezember 2011 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Der Jahresabschluss wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen und auf die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet des Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Wertpapiere

Den Wertpapierbestand unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die Wertpapiere werden, sofern sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind, zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet

(strenges Niederstwertprinzip). Bei Wertpapieren, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, erfolgt grundsätzlich eine Abschreibung auf den niedrigeren Zeitwert nur, sofern eine dauernde Wertminderung vorliegt (gemildertes Niederstwertprinzip).

Wir haben unsere Wertpapiere (Direktanlagen) daraufhin untersucht, ob am Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder ob der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir grundsätzlich auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Wesentliche Bestimmungsfaktoren, ob ein Markt als aktiv oder inaktiv angesehen wurde, waren zum einen die Entwicklung der Geld-/Brief-Spannen und zum anderen die beobachtbaren Umsätze.

Nach unserer Einschätzung liegen für die Wertpapiere aktive Märkte vor. Zur Bewertung haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise herangezogen. Bei Geldmarktpapieren, die zeitnah zum Bilanzstichtag erworben wurden, erfolgte die Bewertung anhand berechneter Kurse. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich anhand verschiedener Kursquellen auf Plausibilität geprüft.

Die Anteile an Wertpapier-Spezialfonds und Publikumsfonds haben wir auf Basis der investmentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet.

Auf Wertpapiere, bei denen Leistungsstörungen bestehen, haben wir Abschreibungen auf den unter vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Rückzahlungswert vorgenommen. In diesen Fällen wurde auch von einer Vereinnahmung von Zinserträgen – ungeachtet des Rechtsanspruchs – abgesehen. Der Buchwert der nicht mit dem Niederstwert angesetzten Wertpapiere beläuft sich einschließlich Zinsabgrenzungen auf 42,6 Mio. EUR; der Zeitwert beträgt einschließlich Zinsabgrenzungen 37,1 Mio. EUR.

Da diese Wertpapiere nach unseren Erwartungen überwiegend zu 100 % zurückgezahlt werden, die Zinsen bisher überwiegend vertragskonform gezahlt wurden und keine anderweitigen Hinweise auf zu erwartende Leistungsstörungen vorliegen, gehen wir von einer nicht dauerhaften Wertminderung aus. Bei einer dauerhaft anzunehmenden Wertminderung haben wir dies bei der Bewertung berücksichtigt.

Die Bewertung der Wertpapiere zum gemilderten Niederstwertprinzip haben wir vorgenommen, um Ergebnisschwankungen zu verringern. Hierdurch hat sich das Ergebnis vor Steuern insgesamt um 5,5 Mio. EUR verbessert.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag und – sofern die Bewertung einen unrealisierten Gewinn ausweist – abzüglich eines Risikoabschlags bzw. zuzüglich eines Risikoaufschlags bewertet. Handelsaktiva und Handelspassiva haben wir anhand der Mittelkurse bewertet. Der Risikozuschlag wird in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie eines Beobachtungszeitraums von 250 Tagen berechnet. Finanzinstrumente, bei denen der Ausfallwahrscheinlichkeit der unrealisierten Gewinne durch einen VaR-Abschlag nicht angemessen Rechnung getragen werden kann, befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand. Den Risikozuschlag haben wir für jedes Geschäft einzeln ermittelt und den Handelspassiva zugeschlagen. Zum 31. Dezember 2011 betrug der ermittelte Risikozuschlag 0,1 Mio. EUR.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Aus dem Nettoertrag des Handelsbestands haben wir gemäß § 340e Abs. 4 HGB eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) in Höhe von 10 % des Nettoertrags des Handelsbestands vorgenommen. Laufende Erträge, laufende Aufwendungen und Refinanzierungsaufwendungen für Finanzinstrumente des Handelsbestands fielen im Berichtszeitraum nicht an.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Bei den Gebäuden erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit Abschreibungssätzen zwischen 2 % und 4 %. Mietereinbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Aufgrund steuerrechtlicher Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um rd. 0,1 Mio. EUR über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Wertaufholung

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der projizierten Einmalbeitragsmethode (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,14 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir den von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssatz verwendet. Darüber hinaus wurden im Wesentlichen folgende Parameter angewandt:

Rentendynamik	1,50 %
Gehaltstrend	1,75 %
Bezügedynamik (einschließlich Gehaltstrend)	2,25 %

Unter Anwendung der Übergangsregelung des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB i. V. m. Artikel 67 Abs. 2 EGHGB erfolgt eine ratierte Ansammlung der Rückstellungsbeträge für laufende Pensionen und Anwartschaften; zum 31. Dezember 2011 belaufen sich die in der Bilanz noch nicht ausgewiesenen Beträge auf 94,6 Mio. EUR (Vorjahr: 101,9 Mio. EUR).

Für laufende Pensionen oder Anwartschaften, bei denen die Pensionberechtigten einen Rechtsanspruch vor dem 1. Januar 1987 erworben haben, wurde für die Jahre 2008 und 2009 von dem Wahlrecht gemäß Artikel 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionsrückstellungen im Umfang von rund 16,4 Mio. EUR (Vorjahr: 21,9 Mio. EUR) nicht gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und – soweit deren Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt – mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen

Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Für das Berichtsjahr wurden für das Zuwachssparen erstmals Rückstellungen für die Zinsdifferenz zwischen dem anfänglich niedrigeren Nominalzins und dem Durchschnittszins in Höhe von rd. 14,6 Mio. EUR gebildet. Gleichzeitig wurden bisher in gleicher Höhe aufwandswirksam erfasste Zahlungen aus Zinsswaps ertragswirksam als Forderungen an Kreditinstitute korrigiert, da diese in den Vorjahren dazu dienten, den Durchschnittszins für das Zuwachssparen abzubilden. Die Korrektur erfolgte in laufender Rechnung über das sonstige betriebliche Ergebnis, wobei aperiodischen Aufwendungen in diesem Zusammenhang aperiodische Erträge in gleicher Höhe gegenüberstanden. Zusammengefasst ergab sich aus diesem Sachverhalt eine Auswirkung auf die Ertragslage in Höhe von 33 TEUR.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei den Entwurf der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) ERS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Den Aufwand für die Aufzinsung bzw. Abzinsung der Rückstellungen, die nicht im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft stehen, haben wir in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Eigenkapital

Die Einlagen stiller Gesellschafter in einer Gesamthöhe von 100,0 Mio. EUR sind befristet bis zum 31. Dezember 2032.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir

als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der Gesamtposition je Währung vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzpositionen, erfolgt die Bewertung des Termingeschäfts anhand des gespaltenen Terminkurses i. V. m. einer Reststellenanalyse. Umrechnungsdifferenzen aus Beständen außerhalb der besonderen Deckung werden grundsätzlich unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch das übrige Bewertungsergebnis des entsprechenden Geschäfts ausgewiesen wird.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz werden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn sie sich nach unserer Planung in der Zukunft durch zu versteuernde Gewinne ausgleichen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (Vorjahr: 15,83 %) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 14,08 % (Vorjahr: 14,06 %).

Fristengliederung

Von der Erleichterungsregelung gemäß § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

B. Angaben zur Bilanz

Angaben und Erläuterungen zu den Bilanzposten erfolgen analog zum Ausweis in der Bilanz.

Aktiva		
	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an die eigene Girozentrale	314.141	76.178
– Forderungen mit Nachrangabrede	13.531	13.208
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
b) andere Forderungen		
bis drei Monate	660.145	691.006
mehr als drei Monate bis ein Jahr	640.551	305.414
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	513.704	552.065
mehr als fünf Jahre	3.468	9.746
Zum Bilanzstichtag 2011 war ausschließlich die Landesbank Hessen-Thüringen als Girozentrale tätig.		
Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	251.958	245.775
– Forderungen an verbundene Unternehmen	18.859	14.556
– Forderungen mit Nachrangabrede	933	933
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	543.099	471.519
mehr als drei Monate bis ein Jahr	483.902	489.216
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.002.733	1.999.354
mehr als fünf Jahre	4.427.124	4.362.641
mit unbestimmter Laufzeit	527.252	564.223
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	9	10
– börsennotiert	1.088.249	1.041.176
– nicht börsennotiert	110.873	81.041
– wie Anlagevermögen bewertet	27.876	101.839
– bei anderen Kreditinstituten in Pension gegebene Wertpapiere	–	–
– im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig	173.750	364.375

Aktiv		
	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	30.023	28.740
– wie Anlagevermögen bewertet	14.683	22.540
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	15.341	14.057
– nicht börsennotiert	118.296	168.857

Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen

Die Naspas hält jeweils Anteile von mehr als 10 % an zwei Spezialfonds (Buchwerte: 98,1 Mio. EUR), die weit überwiegend in Rentenwerten investiert sind, sowie an einem Dachfonds (Buchwert: 5,5 Mio. EUR). Die Marktwerte (Rücknahmepreise) entsprechen den Buchwerten. Die in 2011 erfolgten Ausschüttungen belaufen sich auf 1,1 Mio. EUR.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– Derivate Finanzinstrumente in Fremdwährung	64	91
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	1.531	1.946

Entwicklung der Finanzanlagen				
	Schuld- verschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzwert am 01.01.2011	301.086	130.421	123.970	39.035
Veränderung	–99.219	–100.398	–8.590	–
Bilanzwert zum 31.12.2011	201.867	30.023	115.380	39.035
Bilanzwert Vorjahr	301.086	130.421	123.970	39.035

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

Aktiva		
	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Treuhandvermögen		
Die in diesem Posten enthaltenen Treuhandkredite in Höhe von bestehen ausschließlich aus Forderungen an Kunden.	318	379
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Hiervon entfallen auf:		
– im Rahmen des Sparkassengeschäftes genutzte Grundstücke und Gebäude	73.120	79.152
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.117	11.336
Aktiva		
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
	TEUR	TEUR
Entwicklung		
Anschaffungskosten am 01.01.2011	19.795	349.198
Zugänge	449	4.518
Umbuchungen	–	–
Abgänge	223	10.124
kumulierte Abschreibungen	16.036	238.290
Bilanzwert zum 31.12.2011	3.985	105.302
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	–	–
Abschreibungen des Geschäftsjahres	2.193	8.989
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Ausgabe- und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Forderungen	604	1.297
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten	196	324
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	2.238	2.206
Steuerforderungen aus latenten Steuern		
Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren aus:		
– steuerlichen Verlustvorträgen	–	–
– Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen	68.901	55.827

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 5,4 Mio. EUR, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 74,3 Mio. EUR überdeckt. Der Saldobetrag in Höhe von 68,9 Mio. EUR wird in den Jahresabschlussposten Aktive latente Steuern eingestellt.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf Ansatzunterschiede aufgrund unterschiedlicher Wertansätze bei den Forderungen an Kunden (rund 70 %) sowie den Rückstellungen (rund 19 %) und übrige Posten. Steuerliche Verlustvorträge bestanden zum 31. Dezember 2011 nicht.

Passiva		
	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.459	18.705
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	978.498	1.548.496
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
bis drei Monate	19.122	77.778
mehr als drei Monate bis ein Jahr	137.105	20.940
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.023.428	2.126.502
mehr als fünf Jahre	265.406	282.832
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände:	1.454.973	1.394.345
– Darin sind Wertpapiere mit Buchwerten von enthalten, die der Deutschen Bundesbank verpfändet wurden.	1.062.313	995.984
Zum Bilanzstichtag betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten	–	–
Zum Bilanzstichtag 2011 war ausschließlich die Landesbank Hessen-Thüringen als Girozentrale tätig.		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.928	1.921
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14.953	9.588
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
a) Spareinlagen		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		
bis drei Monate	64.278	73.300
mehr als drei Monate bis ein Jahr	189.334	125.461
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	106.582	94.364
mehr als fünf Jahre	–	212
b) andere Verbindlichkeiten		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	377.984	324.345
mehr als drei Monate bis ein Jahr	449.494	328.903
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	104.904	119.532
mehr als fünf Jahre	8.325	9.596

Passiva	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Verbriefte Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Begebene Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	–	155.000
Finanzinstrumente des Handelsbestandes		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– Derivate Finanzinstrumente in Fremdwährung	69	164
Treuhandverbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	318	379
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	7.759	12.475
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	923	1.231
Steuerrückstellungen		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Rückstellungen für laufende Veranlagungen	21.611	29.753
– Rückstellungen für Betriebsprüfungen	12.887	11.510
– Rückstellungen für latente Steuern	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– abgegrenzte Zinsen	3.014	3.388

Die von der Nassauischen Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Sie haben Ursprungslaufzeiten von mehr als sieben Jahren.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen.

Die Nassauische Sparkasse hat sich teilweise ein außerordentliches Kündigungsrecht der nachrangigen Verbindlichkeiten, kündbar mit zweijähriger Kündigungsfrist zum Ende eines Geschäftsjahres, vorbehalten.

Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag Mio. EUR	Emissionsjahr	Zinssatz in %	Fällig im Jahr
10	2003	4,90	2013
10	2002	5,75	2012
10	2002	6,04	2012

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 56,6 Mio. EUR, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 5,42 % und eine Ursprungslaufzeit von 10 Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 27,0 Mio. EUR fällig.

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Zinsaufwendungen in Höhe von 5,1 Mio. EUR angefallen.

C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen

In diesem Posten ist die Haftungsverpflichtung gegenüber dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen aus dem Verkauf der Naspa Dublin in Höhe von 1.724,3 Mio. EUR enthalten. Weitere Erläuterungen hierzu haben wir in Abschnitt E. gemacht.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Bei den am Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Buchkredite. Keine der Zusagen ist für die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen

Im Zinsüberschuss als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 8,9 Mio. EUR (Vorjahr: 0,3 Mio. EUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

Provisionserträge

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Investmentzertifikate, Bausparverträge etc.).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zu rund 13 % Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und zu rund 51 % Erträge aus der ertragswirksamen Korrektur von Zinsswapzahlungen. Ausführungen hierzu haben wir unter Abschnitt A. „Rückstellungen“ gemacht.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten zu rund 47 % Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen, davon 23,3 Mio. EUR für Pensionsrückstellungen, und zu 27 % aperiodische Aufwendungen für das Zuwachssparen. Ausführungen hierzu haben wir unter Abschnitt A. „Rückstellungen“ gemacht.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen ausschließlich auf eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gem. Artikel 67 Abs. 1 EGHGB.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
	2011	2010
	TEUR	TEUR
In diesem Posten sind enthalten:		
– Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-29.398	-22.765
– Ergebnis aperiodische Steuern außerhalb einer Betriebsprüfung	1.775	2.269
– Latente Steuern	13.074	20.869
– Nachzahlungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	-3.853	-11.529
– Erstattungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	7.460	9.307

Das außerordentliche Ergebnis führte zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperrten Beträgen

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge nach § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 58,2 Mio. EUR entfällt ausschließlich auf die Aktivierung latenter Steuern.

E. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz der Nassauischen Sparkasse in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung gemäß § 286 Abs. 3 i. V. m. § 285 Nr. 11 HGB ist:

Gesellschaft	Sitz	Kapital- anteil	Eigen- kapital	Bilanz- summe	Umsatz- erlöse	Ergebnis Geschäftsjahr 2011
		in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbundene Unternehmen						
Naspa-Direkt GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	256	315	3.293	0
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	27.650	28.833	1.379	557
Naspa Immobilien GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	25	690	2.604	488
Naspa-Versicherungs-Service GmbH ^{1) 4)}	Wiesbaden	75,0	511	5.857	10.568	6.209
Nassovia Beteiligungs GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	5.113	15.823	2.375	-85
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	4.531	4.532	53	32
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG ^{2) 3)}	Oestrich-Winkel	100,0	3.362	6.723	631	-666
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG ³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	5.616	6.300	4.397	1.037

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Ergebnisübernahme durch die Naspa

³⁾ Abweichendes Geschäftsjahr (30.06.2011)

⁴⁾ Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Vermittlungsgeschäften.

Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

Derivative Finanzinstrumente

Die Nassauische Sparkasse schließt Geschäfte im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sowie zur Absicherung von Zins-, Marktpreis- und Währungsrisiken aus dem allgemeinen Bankgeschäft und darüber hinaus als Handelsgeschäfte ab. Kontrahenten sind überwiegend Landesbanken.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen. Den Marktwerten dieser Geschäfte stehen in den Bilanzposten gegenläufige Wertentwicklungen gegenüber.

Die zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken abgeschlossenen Kassa- und Termingeschäfte sowie die im Kundengeschäft getätigten, grundsätzlich gegenläufigen Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte wurden gemäß § 256a HGB und § 340h HGB bewertet. Die Bewertung der Handelsgeschäfte mit Fremdwährungsrisiken erfolgte gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Zins-/Währungsswaps werden in die besondere Deckung nach § 340h HGB einbezogen.

Die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hat sich die Naspa auf Marktwerte und auf Marktwerte einzelner Bestandteile von Finanzinstrumenten bzw. auf Marktwerte gleichwertiger Instrumente gestützt.

Bei Zinsderivaten erfolgt die Bewertung grundsätzlich nach der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven.

Sofern insbesondere bei Optionen keine Marktwerte vorhanden waren, wurde der beizulegende Wert mithilfe eines anerkannten Bewertungsmodells ermittelt. Dabei wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach den aktuellen Zinsstrukturkurven ergeben, Volatilitäten, die auf Basis aktueller Marktdaten vergleichbarer Instrumente ermittelt wurden. Am Bilanzstichtag standen Optionsrechte von 0,1 Mio. EUR Optionsverbindlichkeiten von 0,1 Mio. EUR gegenüber.

Für die Bewertung der im Rahmen der Sparkassen Kreditbaskets abgeschlossenen Credit-Linked-Notes, die aus einer Schuldverschreibung und einem Credit-Default-Swap bestehen, wurden Bewertungsmodelle herangezogen. Bei den Modellen wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, Ausfall- und Übergangswahrscheinlichkeiten, die sich aus der Migrationsmatrix des DSGV bzw. nach den aktuellen Ratingnoten der im Kreditpool enthaltenen Adressrisiken ergeben.

Die positiven beizulegenden Zeitwerte können als Indikator für die mit den Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen.

In Passivposten 7c) bestehen Drohverlustrückstellungen für Credit-Default-Swaps von 1,0 Mio. EUR.

Die Derivate auf Zinsrisiken beinhalten 3.671,1 Mio. EUR Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuches.

Die Derivate auf Währungsrisiken beinhalten 109,5 Mio. EUR Absicherungsgeschäfte, 10,0 Mio. EUR Handelsgeschäfte (Devisenoptionsgeschäfte, die hälftig auf Handelsaktiva und -passiva entfallen und Währungs- und Optionsrisiken beinhalten) und 131,7 Mio. EUR gedeckte Kundengeschäfte. Die Derivate auf Kreditrisiken beinhalten 68,9 Mio. EUR Absicherungs- bzw. Steuerungsgeschäfte.

Die Grundsätze des Risikomanagements sowie die verwendeten Messverfahren und Limitsysteme sind vom Vorstand genehmigt worden. Die für das Risikomanagement Verantwortlichen berichten unmittelbar an den Vorstand.

Der Bestand derivativer Geschäfte am Bilanzstichtag setzt sich nach Nominalbeträgen, Zeitwerten und Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwerte zum 31.12.2011	
	31.12.2011	31.12.2010	positive	negative
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsrisiken				
Zinsswaps	3.671.137	3.426.827	31.036	156.833
	3.671.137	3.426.827	31.036	156.833
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps	68.943	59.813	1.717	411
	68.943	59.813	1.717	411
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	210.204	217.189	2.854	3.536
Devisenoptionsgeschäfte (Handelsbestand)	10.000	32.868	64	68
Zins-/Währungsswaps	30.958	42.560	5.979	5.851
	251.162	292.617	8.897	9.455
Gesamt	3.991.242	3.779.257	41.650	166.699

Kundengruppengliederung	Nominalwerte	
	31.12.2011	31.12.2010
Banken in der OECD	3.836.885	3.635.670
Sonstige Kontrahenten	154.357	143.587
Gesamt	3.991.242	3.779.257

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Zinsrisiken		
– bis ein Jahr	1.098.681	361.896
– über ein Jahr bis fünf Jahre	2.298.370	2.764.931
– über fünf Jahre	274.086	300.000
Zinsrisiken insgesamt	3.671.137	3.426.827
Adressenrisiken		
– bis ein Jahr	–	9.813
– über ein Jahr bis fünf Jahre	68.943	50.000
– über fünf Jahre	–	–
Adressenrisiken insgesamt	68.943	59.813
Währungsrisiken		
– bis ein Jahr	216.754	250.057
– über ein Jahr bis fünf Jahre	3.450	–
– über fünf Jahre	30.958	42.560
Währungsrisiken insgesamt	251.162	292.617
Gesamt	3.991.242	3.779.257

Aufgrund des unter Abschnitt A. „Rückstellungen“ dargestellten Sachverhalts sind zum Jahresende Zinsswaps von 310 Mio. EUR in den Tabellen nicht mehr enthalten.

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände bei der Naspa in Höhe von 104,0 Mio. EUR und Verbindlichkeiten in Höhe von 48,8 Mio. EUR.

Bezüge der Organe (§ 285 Satz 1 Nr. 9a und Nr. 9b HGB)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.713 TEUR. Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Stephan Ziegler, erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 553 TEUR. Herr Jürgen Bockholt erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 393 TEUR. Herr Günter Högner erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 389 TEUR. Herr Bertram Theilacker erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 378 TEUR.

Die Vorstandsmitglieder haben, mit Ausnahme von Herrn Bockholt, gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund § 20 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) erlassenen Anstellungsrichtlinien des SGVHT. Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem

in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes sowie an ihre Hinterbliebenen wurden Ruhegehälter in Höhe von 1.406 TEUR gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 16.184 TEUR.

Die Aufwendungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates beliefen sich im Berichtsjahr 2011 auf 97 TEUR.

Kredite an Organmitglieder (§ 285 Satz 1 Nr. 9c HGB)

Zum Jahresende belaufen sich die Gesamtbeträge der gewährten Kredite und der eingegangenen Haftungsverhältnisse für die Mitglieder des Verwaltungsrates auf 661 TEUR und für die Mitglieder des Vorstandes auf 2 TEUR.

Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Satz 1 Nr. 17 HGB)

In den anderen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10b) sind Honorare des Abschlussprüfers in Höhe von 445 TEUR enthalten. Hiervon entfielen 379 TEUR auf die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und 66 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2011	2010
Vollzeitkräfte	1.300	1.351
Teilzeit- und Ultimokräfte	522	519
	1.822	1.870
Auszubildende	132	134
Insgesamt	1.954	2.004

Nicht bilanzierte Verpflichtungen sowie Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 11a HGB

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Unternehmenserwerbsvertrag zur Veräußerung der **Naspa Dublin** geschlossen. Der dingliche Vollzug des Vertrages erfolgte am 29. Mai 2009. Die Naspa Dublin ist eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung (Private Unlimited with Share Capital) nach irischem Recht.

In einem separaten **öffentlich-rechtlichen Vertrag** mit dem SGVHT hat sich die Naspa verpflichtet, im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa bestimmte wirtschaftliche Risiken im Zusammenhang mit den von der Naspa Dublin gehaltenen Wertpapieren zu übernehmen. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages trägt der SGVHT über dessen regionalen Reservefonds mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 31. Dezember 2008 etwaige tatsächliche Ausfälle aus den von der Naspa Dublin gehaltenen Positionen bis zu einer Höhe von 100 Mio. EUR. Über ihre Beteiligung am Stammkapital des SGVHT ist die Naspa allerdings weiterhin indirekt wirtschaftlich von diesen Ausfällen betroffen. Im Hinblick auf diese Übernahme von tatsächlichen Ausfällen durch den Reservefonds bis zur Höhe von 100 Mio. EUR hat sich die Naspa in einem Besserungsschein zugunsten des Reservefonds zudem zum Ausgleich verpflichtet, sofern dies mit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Naspa, insbesondere mit der hinreichenden Ausstattung mit Eigenkapital und mit der zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages erforderlichen Ertragskraft vereinbar ist. Alle Ausfälle, die über die zuvor genannte Höhe von 100 Mio. EUR hinausgehen, sind dagegen im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa von der Naspa zu tragen, d. h., soweit sich derartige Ausfälle realisieren und durch den SGVHT bzw. den Reservefonds als Eigentümer der Naspa Dublin getragen werden müssen, ist die Naspa verpflichtet, die Ausfälle durch entsprechende Zahlungen an den SGVHT bzw. den Reservefonds auszugleichen. Für den Fall, dass die für die Naspa Dublin zuständige Bankaufsichtsbehörde (Financial Regulator) eine Verstärkung des Eigenkapitals der Naspa Dublin verlangt, hat sich die Nassauische Sparkasse verpflichtet, dem SGVHT auf dessen Wunsch unter Wahrung gesetzlicher Anforderungen und Beschränkungen – insbesondere der Großkreditbestimmungen des Kreditwesengesetzes – Darlehen zur Refinanzierung bereitzustellen. Daneben ist die Nassauische Sparkasse verpflichtet, sich bei der Refinanzierung der Naspa Dublin unter Wahrung ihrer eigenen Belange bis

zum Betrag von 1,2 Mrd. EUR zu engagieren. Derzeit ist diese Verpflichtung aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben ohne praktische Relevanz.

Die Nassauische Sparkasse hatte gegenüber und zugunsten der Naspa Dublin eine Patronatserklärung abgegeben, wonach sie sicherstellt, dass die Naspa Dublin ihre Verpflichtungen in Höhe der Beteiligungsquote der Nassauischen Sparkasse an der Naspa Dublin zum Zeitpunkt des Eingehens der jeweiligen Verbindlichkeit stets erfüllen kann. Da bei der Naspa Dublin keine Verbindlichkeiten mehr aus der Zeit der Gesellschafterstellung der Naspa bestehen, ist die Patronatserklärung der Naspa gegenstandslos geworden.

Die Nassauische Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der **Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG**, Mainz, und der **HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG**, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt.

Die Nassauische Sparkasse ist dem bundesweiten **Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgte zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche, neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale **Reserve-**

fonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage erreicht sind. Bemessungsgrundlage ist die Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Andere nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Finanzlage der Nassauischen Sparkasse.

Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender: Dr. Helmut Müller Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden	Peter Feldmann Grundsatzreferent des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bis 27.09.2011	Patrick Hannappel Mitarbeiter der Naspa Leiter Finance-Center	Manfred Michel Landrat des Kreises Limburg-Weilburg
Stv. Vorsitzender: Günter Kern Landrat des Rhein-Lahn-Kreises	Carsten Filges Dipl.-Ingenieur Mitarbeiter des Lahn-Dill-Kreises ab 27.09.2011	Bärbel Henrich-Bender Mitarbeiterin der Naspa Personalratsvertreterin	Petermartin Oschmann Verbandsjurist des AGV HessenChemie
Weitere Mitglieder: Marion Adelmann Mitarbeiterin der Naspa Personalratsvertreterin	Dr. Manfred Fluck Landrat i. R. des Kreises Limburg-Weilburg bis 27.09.2011	Axel Imholz Selbstständiger Kommunikationsberater bis 27.09.2011	Heinz-Peter Schäfbuch Mitarbeiter der Naspa Leiter Finanz-Center ab 27.09.2011
Burkhard Albers Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises	Berthold R. Gall Landrat i. R. des Main-Taunus-Kreises	Andreas Immel Mitarbeiter der Naspa Gewerbekundenberater bis 27.09.2011	Harald Schindler Sonderbeauftragter für Kommunen und Sonder- kunden der SV-Service GmbH
Silvia Andree Mitarbeiterin der Naspa Private Banking-Beraterin	Markus Geis Mitarbeiter der Naspa Sachbearbeiter Qualitätsmana- gement Privatkunden ab 27.09.2011	Prof. Dr. Lorenz Jarass Professor für Wirtschafts- wissenschaften an der Hochschule RheinMain ab 27.09.2011	Dr. Frank Schmidt Bürgermeister der Gemeinde Löhnberg ab 27.09.2011
Jürgen Banzer Mitglied des Landtages Hessen	Sven Gerich geschäftsführender Gesellschafter der gerich: Druckerei und Verlag seit 1822 OHG ab 27.09.2011	Helmut Klöckner Verbandsbürgermeister i. R. der Verbandsgemeinde Nassau	Harald Schweitzer Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz
Uwe Becker Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main	Rita Gröschel Mitarbeiterin der Naspa Private Banking-Beraterin	Ulrich Krebs Landrat des Hochtaunuskreises ab 27.09.2011	Achim Schwickert Landrat des Westerwaldkreises
Helmut Bruns Rentner (Geschäftsführer i. R.) bis 27.09.2011	Heinz Hannappel Mitarbeiter der Naspa Personalmanager bis 27.09.2011	Uwe Lichte Mitarbeiter der Naspa Personalratsvertreter	Klaus-Peter Willsch Mitglied des Bundestages bis 27.09.2011
Hildebrand Diehl Oberbürgermeister i. R. der Landeshauptstadt Wiesbaden bis 27.09.2011		Albrecht Martin selbstständiger Energieberater ab 27.09.2011	Stefan Zimmermann Mitarbeiter der Naspa Leiter Finance-Center

Vorstand der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender

Stephan Ziegler

Mitglieder

Jürgen Bockholt

Günter Högner

Bertram Theilacker

Mandate des Vorstandes und anderer Mitarbeiter im Sinne von § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Stephan Ziegler	Mitglied des Verwaltungsrates der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt
Jürgen Bockholt	Mitglied des Aufsichtsrates der neue leben Pensionskasse AG, Hamburg
Günter Högner	Mitglied des Board of Directors der Naspa Dublin, Dublin

Wiesbaden, den 28. Februar 2012

Nassauische Sparkasse

– Der Vorstand –



Ziegler



Bockholt



Högner



Theilacker

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Nassauischen Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Nassauischen Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung,

Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Nassauischen Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 14. März 2012
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
– Prüfungsstelle –

Dr. Sablotny
Wirtschaftsprüfer

Winterstein
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber__Nassauische Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts
Rheinstraße 42 – 46, 65185 Wiesbaden, Fon: 06 11/364-0

Druck__Druckerei Gerich, Wiesbaden

Gestaltung__2+ Design, Wiesbaden

